

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 37. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**

vom: **13.11.2002**

von: **16:00 Uhr**

bis: **19:00 Uhr**

Ort: **Ratssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender  
Dreisbach, Jürgen  
Elter, Uwe  
Groß, Michael - für Stv Boller, Joachim  
Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz  
Katz, Reinhilde - für Stv Mues, Gunter  
Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Köhl, Siegfried  
Moll, Ilona  
Otto, Günter - für Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Rothenpieler, Wilhelm  
Schiemer, Hansgeorg - ab 16.53 (w. TOP 5)  
Schneider, Manfred - für Stv Fries, Traute  
Schulte, Werner  
Dr. Stötzel, Wolfgang

##### II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker

##### III. Auf Grund besonderer Einladung zu TOP 5 öT:

Herr Schwerdfeger  
Frau Kase  
Herr Manfrahs

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VD Kühn  
Städt. VR Dorsch  
VA Schneider  
VA Sauerland  
VA Röcher  
Dipl.-Ing. Weidt  
StAR Munker -als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Boller, Joachim  
Bertelmann, Hans-Günter  
Fries, Traute  
Mues, Gunter

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Die Tagesordnung wird einvernehmlich im öffentlichen Teil um Punkt 3.1 und im nichtöffentlichen Teil um Punkt 5.2 erweitert.

**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Walter bestimmt.

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**3. Fragestunde**

### **3.1. Kreisabfalldeponie Fludersbach - Unterverpachtung von Betriebsflächen und Überlassung von Betriebseinrichtungen zum Betrieb einer Sortieranlage**

- Eilanfrage der CDU-Fraktion vom 11.11.2002

Herr Brune beantwortet die Fragen wie folgt:

Vor der Beratung im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft des Kreises Siegen-Wittgenstein ist keine Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen der Stadt Siegen erfolgt.

Die Stadt Siegen wird mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein Kontakt aufnehmen und versuchen, eine Abstimmung zur Entlastung der Anwohner vorzunehmen.

In einem Gespräch unter Beteiligung des Kreisdirektors und des Bürgermeisters soll am morgigen Tag das weitere Verfahren besprochen werden. Mit einem Bericht im städtischen Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie ist frühestens in dessen Sitzung Mitte Dezember zu rechnen.

## **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

### **4.1. Erarbeitung der Verteilungsvorschläge für die pauschalen Zuweisungen des Landes für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit**

- Antrag der UWG-Fraktion vom 22.10.2002

Als Vorsitzende des Ausländerbeirates gibt Frau Ditsch zunächst einen Rückblick auf das Zustandekommen und die bisherige Arbeit der Zehnerkommission. Der Ausländerbeirat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die Kommission beizubehalten oder deren Aufgaben auf den Beirat zu übertragen und die Richtlinien zu überarbeiten.

Sie begrüßt den Antrag und sieht darin eine Bestätigung der guten Arbeit der Zehnerkommission sowie eine sinnvolle Stärkung der Beteiligung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger an kommunalpolitischen Prozessen.

Die SPD-Fraktion verbleibt bei ihrer Auffassung, so Herr Dr. Stötzel, die alte Regelung beizubehalten und einen Verteilungsvorschlag durch das Eine Welt-Forum erarbeiten zu lassen. Wenn dem Antrag stattgegeben werden sollte, muss dieser zumindest im Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen besprochen werden, da sich das Gremium für die Auflösung der Kommission ausgesprochen hatte.

Herr Groß hält den Antrag der UWG-Fraktion für die zweitbeste Lösung. In den vergangenen Jahren verlief die Mittelverteilung stets problemlos und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht keine Änderungsnotwendigkeiten. Eine Übertra-

gung der Aufgabenstellung auf die Zehnerkommission, die sich in der bisherigen Form bewährt hat, sollte seines Erachtens aufgrund der verschiedenen Aufgabenfelder unterbleiben.

Die CDU-Fraktion wünscht bei der Mittelverteilung eine verstärkte Verantwortung des Haupt- und Finanzausschusses und sieht keinen Anlass zur Verlagerung der Ebenen, so Herr Prof. Dr. Holzäpfel. Die Erarbeitung eines Vorschlages durch die Verwaltung und anschließende Entscheidung im HFA ist darüber hinaus die effizienteste Vorgehensweise.

#### **Beschluss (über den Antrag der UWG-Fraktion):**

Die Erarbeitung der Verteilungsvorschläge für die pauschalen Zuweisungen des Landes für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit - GFG - wird der Zehnerkommission übertragen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (1 Stimme dafür), 0 Enthaltungen**

#### **5. Jahresbericht der Gesellschaft für Stadtmarketing (GSS) e. V. für 2002**

Vorlagenr. 2314/2002 - Vorlage vom 31.10.2002

Herr Schwerdfeger, Frau Kase und Herr Manfrahs stellen ergänzend zum vorliegenden Bericht weitere Aktivitäten, Planungen und Diskussionen zu folgenden Schwerpunkten dar:

- *Aktivitäten der GSS*
  - Rückblick auf das Stadtfest 2002
  - Weihnachtsmarkt 2002 ff.
  - Touristisches Angebot in Siegen und Entwicklungspotenziale
- *Strukturoffensive Siegen-Mitte*
  - Eigentümerbefragung
  - Verbesserung der Rahmenbedingungen
  - Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
  - präventives Ladenlokalmanagement (Leerstandsmanagement)
  - Neueröffnungen
  - potenzielle Unternehmen
  - Kontaktaufnahmen
  - stärkere Bewerbung von Franchise-Unternehmen

Herr Prof. Dr. Holzäpfel dankt für den umfassenden Bericht und die engagierte Arbeit der GSS, die in Teilbereichen auch städtische Aufgaben abdeckt.

Herr Groß wiederholt die Grundkritik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der einseitigen Konzentration der Aktivitäten der GSS auf den Bereich Siegen-Mitte. Sei-

nes Erachtens wäre eine Beteiligung von Vertretern der übrigen Stadtteile im Vorstand wünschenswert, offensichtlich aber nicht mehrheitsfähig.

Die Datenerhebung für die Strukturoffensive sowie die ersten Ergebnisse sind positiv herauszustellen. Von erheblicher Bedeutung für die Außenwirkung ist jedoch die Vermarktung der Großflächen. Diesbezüglich sollten die seinerzeitigen Überlegungen wieder aufgenommen werden.

Zum geplanten Weihnachtsmarkt im Bereich der Fissmer-Anlage befürchtet er ein ähnlich negatives Ergebnis wie im Vorjahr. Er beantragt daher, die Verwaltung, ggf. in Zusammenarbeit mit der GSS, mit der Erarbeitung eines Konzeptes für die Verlagerung des gesamten Marktes in die Oberstadt zu beauftragen.

Der Bericht der GSS zeigt die Vielfalt der Aufgaben, so Herr Kirchhöfer, und dankt namens der SPD-Fraktion für das Engagement. Bei unterschiedlichen Auffassungen und Intentionen in Detailpunkten hält er eine häufigere Beteiligung aus dem Kreis des Haupt- und Finanzausschusses in den einzelnen Arbeitskreisen für sinnvoll, um die Verbindung zwischen Stadt und GSS zu stärken. In dem Abbau von Leerständen sieht er ein positives Signal, teilt aber auch die Auffassung, dass die Nutzung der großen Immobilien von besonderer Bedeutung ist.

Die Zerteilung des Weihnachtsmarktes ist seines Erachtens keine gute Lösung, eine komplette Verlagerung in die Oberstadt jedoch unrealistisch. Im Vordergrund sollte eine gemeinsame Veranstaltung mit ggf. unterschiedlichen Schwerpunkten stehen. Diese Zielrichtung sollte für das Jahr 2003 in den Arbeitskreisen konkretisiert werden.

Herr Bürgermeister Stötzel hebt das große ehrenamtliche Engagement der GSS-Mitglieder für die Stadt Siegen hervor und hofft, dass eine Reaktivierung der Arbeitskreise und eine stärkere Beteiligung der Politik zu einer weiteren positiven Entwicklung führen wird. Im Hinblick auf die Strukturoffensive stellt er heraus, dass die Marburger Straße zwischenzeitlich wiederbelebt werden konnte. Um die Nutzung der Großimmobilien laufen seit Jahren intensive Bemühungen, die Vermarktung erweist sich jedoch auf Grund der baulichen Gegebenheiten als schwierig.

Herr Walter teilt die Auffassung, dass die Belebung der Oberstadt im Wesentlichen von der Wiedernutzung des ehem. Kaufhofs abhängen wird. Bezüglich des Weihnachtsmarktes wünscht die F.D.P.-Fraktion eine Reduzierung des Angebotes in der Unterstadt und eine stärkere Verbindung vom Kölner Tor zur Oberstadt.

Herr Otto sieht die Vorlage als gute Grundlage für die Diskussion von Einzelpunkten. Eine Lösung für die Nutzung der Großimmobilien ist wünschenswert, kann aber seines Erachtens nicht ausschließlich durch die GSS herbeigeführt werden. Diesbezüglich sind auch Verwaltung und Politik sowie die Eigentümer gefordert, z. B. durch die Gestaltung der Parkgebühren und der Stellplatzablösebeiträge Anreize zu schaffen. Hinsichtlich des Weihnachtsmarktes hält er eine stärkere Verbindung zwischen Ober- und Unterstadt für erforderlich.

- ◆ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Jahresbericht der Gesellschaft für Stadtmarketing (GSS) e. V. nach Beratung zur Kenntnis.

**6. Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zur "Lokalen Agenda in Siegen" für das Jahr 2002 an die bestehenden Agenda-Arbeitsgruppen**

Vorlagennr. 2317/2002

Die Vorlage wird von Bürgermeister Stötzel zurückgezogen.

**7. Lokale Agenda 21 in Siegen  
hier: Leitbilder der Arbeitsgruppen**

Vorlagennr. 2318/2002 - Vorlage vom 25.10.2002

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die Leitbilder der Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21 in Siegen zur Kenntnis.

**8. Siegerlandmuseum im Oberen Schloss  
hier: Fortführung Kombiticket**

Vorlagennr. 2282/2002 - Vorlage vom 18.10.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die dauerhafte Fortführung des Kombitickets für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss und das Museum für Gegenwartskunst. Die zurzeit gültige Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss vom 19.12.2001 wird insoweit ergänzt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**9. Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Wochenmarktes in der Siegener Oberstadt (Kornmarkt)**

Vorlagennr. 2300/2002 - Vorlage vom 15.10.2002

Herr Kirchhöfer sieht die Feststellungen der Marktbesucher durch die Vorlage bestätigt. Er findet es persönlich u. a. als nachteilig, dass die umliegenden Geschäfte in den Frühstunden des Marktbetriebes noch nicht geöffnet haben. Bezeichnend sind seines Erachtens auch die Aussagen der Marktbesucher zu den wirtschaftlichen Ergebnissen mittwochs. Da die in der Vergangenheit notwendige Verlegung des Standortes offensichtlich auch einen wesentlichen Einfluss auf die Besucherfrequenz hatte, soll diese künftig vermieden werden. Er regt an, nach der Beratung im Be-

zirksausschuss eine Prioritätenliste zu erstellen und diese dem Haupt- und Finanzausschuss wieder vorzulegen, da eine Attraktivierung des Wochenmarktes nach seiner Einschätzung auch mit finanziellen Fragen verbunden sein wird.

Herr Groß sieht die Vorlage als Ideensammlung, die ergänzt und im Hinblick auf die Umsetzbarkeit einzelner und/oder kombinierbarer Maßnahmen diskutiert werden sollte. Dabei sieht er auch die Möglichkeit, an beiden Markttagen unterschiedliche Konzepte zu verfolgen. Das Gesamtpaket sollte dem Ausschuss zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Herr Walter regt an zu ermitteln, welche zusätzlichen Sortimente insbesondere mittwochs angeboten werden könnten. Darüber hinaus sollte die Ansiedlung eines Frischemarktes im Untergeschoss des ehem. Kaufhofs nochmals aufgegriffen werden.

Herr Otto hält die Parkplatzsituation für überdenkenswert, da sich diese in der Befragung als wichtiger Faktor erwiesen hat. Bezüglich der Öffnungszeiten der umliegenden Geschäfte sollte mit den Betreibern Kontakt aufgenommen werden.

Eine Abstimmung der Ladenöffnungszeiten auf den Marktbetrieb wäre auch nach Auffassung von Herrn Schiemer zu begrüßen. Hinsichtlich eines Bus-Shuttles verweist er auf die Erfahrungen und sieht keine Veränderung der Rahmenbedingungen.

Herr Baumeister macht darauf aufmerksam, dass nur begrenzte Einflussmöglichkeiten der Verwaltung z. B. bei den Ladenöffnungszeiten bestehen. Bezüglich der Parkplatzsituation hält er eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit für sinnvoll, das Platzangebot ist s. E. ausreichend. Zusammenfassend hält er fest, dass aus der Diskussion im Bezirksausschuss heraus ein Konzept für den Haupt- und Finanzausschuss erarbeitet werden soll.

- ◆ Musterfragebögen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.
- ◆ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht über die aktuelle Situation des Siegener Wochenmarktes zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung in Abstimmung mit den Beteiligten im örtlich zuständigen Bezirksausschuss IV (Siegen-Mitte) zur Beratung vorzulegen und eine Zusammenstellung der Ergebnisse erneut dem Haupt- und Finanzausschuss zuzuleiten.

**10. Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des III. Quartals 2002**

Vorlagennr. 2295/2002 - Vorlage vom 16.10.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des III. Quartals des Haushaltsjahres 2002 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1 zur Vorlage)	40.482,50 €
---	-------------

im Vermögenshaushalt (Anlage 2 zur Vorlage)	299.342,72 €
---	--------------

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**11. Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer aufgrund der Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes NRW**

Vorlagennr. 2306/2002 - Vorlage vom 24.10.2002

Herr Rothenpieler bezweifelt, ob die Steuererhöhung im richtigen Verhältnis zu möglichen Abwanderungen, tatsächlich zu erzielenden Einnahmen und möglichen Folgen für die Gaststättenbetreiber steht.

Für Herrn Kirchhöfer steht weniger der finanzielle, als vielmehr der ordnungspolitische Aspekt im Vordergrund. Die Sätze sollten dabei im Rahmen des kreisweit Üblichen liegen.

Auch Herr Walter legt besonderen Wert auf die ordnungspolitischen Gesichtspunkte.

Herr Baumeister erläutert, dass überwiegend professionelle Spielhallen und weniger Gaststätten mit einzelnen Spielautomaten betroffen sein werden. Auch nach Auffassung der Verwaltung ist die Vergnügungssteuer nicht ausschließlich ein fiskalischer Faktor, sondern wird auch als ordnungspolitisches Regelungsinstrument gesehen.



**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer gemäß der Anlage 1 zur Vorlage.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen**

- 12. Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße" im Stadtteil Eiserfeld;  
hier:**
- 1. Auf § 31 GO wird hingewiesen**
  - 2. Beschluss der Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung**

Vorlagennr. 2163/2002 - Vorlage vom 21.08.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße" laut Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

- 13. Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2002  
hier: 10. Änderungssatzung**

Vorlagennr. 2315/2002 - Vorlage vom 16.10.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 10. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2001.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**14. Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 hier: 9. Änderungssatzung**

Vorlagennr. 2316/2002 - Vorlage vom 16.10.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 2 beigefügte 9. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**15. Wiederherstellung des Rehbachs  
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

Vorlagennr. 2304/2002 - Vorlage vom 11.10.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung vom 22.10.2002:

Für die Wiederherstellung des Rehbachs wird überplanmäßig ein Betrag von 128.000 Euro gem. § 82 GO NW bereitgestellt.

Die Abwicklung der Maßnahme erfolgt - bis zur endgültigen Klärung der versicherungsrechtlichen Fragen - vorläufig über das für die Hochwasserschäden eingerichtete Vorschussskonto. Sollte es nicht oder nur teilbetraglich zu einer Kostenübernahme kommen, wird insoweit auf die Verwaltungsvorlage Nr. 2215/2002 - Finanzierung der Auswirkungen der Starkregenfälle im Stadtgebiet - Bezug genommen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**16. Radwegbrücke An der Unterführung  
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

Vorlagennr. 2268/2002 - Vorlage vom 22.10.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9550.5 - 42 Radweg Brücke An der Unterführung, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 65.000 € gemäß § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme von Haushaltsresten bei der Haushaltsstelle 1.630.9510.6 - Sonderprogramm 2000 für den Ausbau von Stadtstraßen und Gehwegen - in entsprechender Höhe.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**17. Brücke An der Setze**  
**hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung**

Vorlagennr. 2285/2002 - Vorlage vom 25.10.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9533.5 - 33 Brücke an der Setze, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 41.000 € gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9555.0 - 85 Busdispositionssystem am ZOB, Baukosten in entsprechender Höhe.

Der durch diese VE sowie der gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehende kassenmäßige Mehrbedarf in 2003 wird bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2001 - 2005 haushaltsverträglich eingeplant.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich

Fachbereich

Bearbeitet von: Bürgermeister / Geschäftsführung GSS

Datum

31.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

Betreff:

**Jahresbericht der Gesellschaft für Stadtmarketing (GSS) e. V. für 2002**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Jahresbericht der Gesellschaft für Stadtmarketing (GSS) e. V. nach Beratung zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 27.06.2001 folgenden Beschluss gefasst::

„Im Sinne einer partnerschaftlichen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen der Stadt Siegen und der Gesellschaft für Stadtmarketing berät einmal im Jahr der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Siegen mit dem Vorstand der GSS die von der GSS aktuell angestrebten Ziele und festgelegten Aufgaben sowie deren Lösungsansätze.“

Ergänzend wurde die Verwaltung beauftragt, zukünftig zur Vorbereitung der Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss schriftliche Beratungsunterlagen vorzulegen.

Die Jahresplanung 2002 der Gesellschaft für Stadtmarketing, welche am 17.04.2002 durch die GSS bereits vorgestellt wurde, ist als *Anlage 1* beigelegt. Eingeladen zu dieser Präsentation waren die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Siegen. Der Einladung sind mit Ausnahme der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses gefolgt.

Zur Umsetzung der Jahresplanung erfolgt ein mündlicher Bericht durch den Vorsitzenden der Gesellschaft für Stadtmarketing.

In seiner Sitzung am 05.06.02 hat der Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, die Umsetzung der Strukturoffensive Siegen-Mitte durch eine anteilige Finanzierung des

„Projektbüros Strukturoffensive Oberstadt“ zu unterstützen. Diesbezüglich wurde seitens des Bürgermeisters zugesagt, dem HFA Zwischenberichte sowie einen Abschlussbericht zur Arbeit des Projektbüros vorzulegen. Aus diesem Grunde ist ein erster Arbeitsbericht des Projektbüros "Strukturoffensive Siegen-Mitte" per 30.10.02 dieser Vorlage als *Anlage 2* beigefügt. Ergänzende Erläuterungen werden in der Sitzung durch die Vertreter der GSS mündlich vorgetragen.

Ulf Stötzel

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich Fachbereichsleiter 1  
Bearbeitet von: Frau Schumacher

Datum  
29.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**04.12.2002**

---

Betreff:

**Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zur "Lokalen Agenda in Siegen" für das Jahr 2002 an die bestehenden Agenda-Arbeitsgruppen**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den beantragten Gesamtbetrag in Höhe von 4.080,00 € wie unter den laufenden Nummern 1 - 5 aufgeführt zu verteilen.

### **Sachverhalt / Begründung:**

xxx

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Institut Museen  
Bearbeitet von: Prof. Dr. Ursula Blanchebarbe,  
Kai-Uwe Gehrke

Datum  
18.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Kulturausschuss</b>	<b>05.11.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>27.11.2002</b>

Betreff:

**Siegerlandmuseum im Oberen Schloss  
hier: Fortführung Kombiticket**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kulturausschuss nimmt den Bericht über den Erfolg des Kombitickets während der Ausstellung „Maria Lassnig“ zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen die Fortführung des Kombitickets.

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die dauerhafte Fortführung des Kombitickets für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss und das Museum für Gegenwartskunst. Die zurzeit gültige Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss vom 19.12.2001 wird insoweit ergänzt.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Rat der Stadt Siegen hat auf Empfehlung des Kultur- und des Haupt- und Finanzausschusses in seiner Sitzung am 06.02.2002 die Einführung des Kombitickets für die Ausstellung „Maria Lassnig“ in der Zeit vom 23.06. - 01.09.2002 beschlossen. In den politischen Beratungen war es einhellige Meinung, diese Zeit als Testphase für ein generelles Kombiticket anzusehen, um eine dauerhafte Vernetzung des Siegerlandmuseums im Oberen Schloss und des Museums für Gegenwartskunst zu erreichen. Nach Abschluss der genannten Ausstellung sollte die Verwaltung dem Kulturausschuss einen Erfahrungsbericht erstatten.

Aufgrund der guten Besucherresonanz in beiden Häusern (Siegerlandmuseum im Oberen Schloss: 6.700 Besucher; Museum für Gegenwartskunst: 8.500 Besucher) wurden die korrespondierenden Ausstellungen „Peter Paul Rubens - Die Stecher



seiner Werkstatt“ und „Maria Lassnig“ einvernehmlich bis zum 29.09.2002 verlängert. Während der gesamten Ausstellungsphase setzten die beiden Häuser insgesamt 276 Kombitickets unterschiedlicher Kategorie ab. Die Verteilung der Verkaufszahlen auf die beiden Museen ist aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

Preiskategorien	Verkauf SLM <sup>1</sup>	Verkauf MfGK <sup>2</sup>	Gesamtzahlen
9,00 € (Familienkarte)	1	3	4
4,50 € (normaler Eintritt)	22	233	255
3,00 € (ermäßigter Eintritt sowie Erwachsenengruppen)	12	4	16
1,20 € (Kindergruppen u.ä.)	1	-	1

Tabelle: Verkaufsstatistik

Es ist beabsichtigt, diese Kooperation weiterzuführen. Zum einen kann dieser positiv verlaufenen Eingewöhnungsphase der Zuspruch zum Kombiticket sicherlich noch intensiviert werden, zum anderen ist dies ein Angebot, welches sowohl Besuchern der Stadt Siegen als auch Einwohnern Siegens unbedingt bereitgestellt werden sollte.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Werner Rohr  
 Stadtrat

<sup>1</sup> Siegerlandmuseum im Oberen Schloss

<sup>2</sup> Museum für Gegenwartskunst

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Fachbereichsleiter 6  
Bearbeitet von: Herrn Haas, Herrn Sauerland

Datum  
15.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Bezirksausschuss IV - Mitte</b>	<b>18.11.2002</b>

Betreff:

### **Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Wochenmarktes in der Siegener Oberstadt (Kornmarkt)**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht über die aktuelle Situation des Siegener Wochenmarktes zur Kenntnis und stimmt dem nachstehenden Verbesserungskonzept grundsätzlich zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung in Abstimmung mit den Beteiligten sowie nach abschließender Beratung im örtlich zuständigen Bezirksausschuss IV (Siegen-Mitte) umzusetzen. Nach einem Zeitraum von 1 Jahr soll ein Erfahrungsbericht im Bezirksausschuss IV gegeben werden.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 06.02.2002 einstimmig die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Verbesserung des Siegener Wochenmarktes zu erarbeiten und den städtischen Entscheidungsgremien vorzulegen.

Dieses Konzept und die Vorgehensweise bei der Erstellung werden nachfolgend beschrieben. Zunächst werden die Ist-Situation des Wochenmarktes, anschließend das Leitbild und die künftigen Ziele sowie ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zur Steigerung der Attraktivität vorgestellt.

#### **1. Ist-Situation des Siegener Wochenmarktes**

Ausgangspunkt aller Optimierungsüberlegungen ist die Erfassung des Ist-Zustandes, der nachfolgend anhand von Fakten und Einschätzungen dargelegt wird. Diese Skizzierung wird abgerundet durch Feststellungen aus den Erhebungen, die mittels Fragebogen und Interviews bei den Händlern und Marktbesuchern durchgeführt wurden. Auf diese Befragungen wird unten noch ausführlicher eingegangen. Der Vollständigkeit halber ist die Dokumentation und Analyse der Befragungen in der **Anlage** beige-fügt.

Der Wochenmarkt „Siegen-Kornmarkt“ hat eine sehr lange Tradition. Er gehört zu den Traditionsmärkten in Südwestfalen und übt bis heute hin eine beachtliche Anziehungskraft bis in die Umlandgemeinden aus (**54 %** der Kunden kommen aus Siegen-Mitte, **22 %** aus den div. Siegerner Orten, **24 %** von außerhalb).

Auch nach der kommunalen Neuordnung im Jahr 1975 und den damit verbundenen gesamtstädtischen Veränderungen (incl. der bekannten Oberstadt-Problematik) wird er immer noch gerne aufgesucht. Besonders an den Samstagen bindet er eine stabile Stamm-Kundschaft (67 %). Dazu trägt offensichtlich auch die Atmosphäre auf dem Markt bei. 14 % der Kunden bewerten die Atmosphäre mit „sehr gut“, immerhin 51 % mit „gut“.

Diese auf den ersten Blick vielleicht befriedigende Feststellung wird jedoch deutlich getrübt durch die von den Markthändlern beklagten Umsatz- und Kundenzahlen.

Mit den Umsätzen und Kundenzahlen sind

- mittwochs 93 %
- samstags 71 %

der Händler unzufrieden.

Der Samstag wird von der Marktkundschaft in der Oberstadt als typischer Markttag bevorzugt. Es stehen ca. 36 Standplätze zur Verfügung. Dabei ist die Anzahl von der Größe der Stände abhängig. Von den ca. 36 Standplätzen sind derzeit mittwochs 17 Standplätze fest vergeben, samstags 32 Standplätze. Daher besteht die Notwendigkeit, mit gezielten Maßnahmen die Marktangebote und die Besuchshäufigkeit am Mittwoch zu erhöhen. Darin sind aber auch Chancen und Potenziale erkennbar, wenn neue Zielgruppen angesprochen werden können. Es gibt im Maßnahmenkatalog zahlreiche Vorschläge zur Gewinnung neuer, vor allem jüngerer Zielgruppen (das Durchschnittsalter der Kunden liegt bei 55,3 Jahren; lediglich 21 % der Marktbesucher sind in der Altersgruppe bis 40 Jahre).

Bei einem Vergleich der Marktsituationen in Gesamt-Siegen ist auffallend, dass in Geisweid die Mittwochsmärkte ebenfalls deutlich in der Händlerfrequentierung abfallen, während die Wochenmärkte in Weidenau an beiden Markttagen (mittwochs und samstags) annähernd gleich von den Markthändlern belegt werden. Bei optimaler Besetzung sind derzeit dort zwischen 20 und 25 Standplätzen belegt. Hierzu sind demnächst vergleichende Untersuchungen zu den 3 Standorten vorgesehen.

In den letzten Jahren gab es verschiedene Aktivitäten, das Marktgeschehen zu optimieren. Bereits im Jahr 1997 wurden zwecks Ausweitung des Marktangebotes, vor-

rangig im Bereich Kornmarkt / Markt, Gespräche mit der DMG Marktgilde e. G., E-schenburg, geführt. Die DMG Marktgilde führt in zahlreichen Städten Deutschlands Wochenmärkte in eigener Regie durch, wobei die Planung, Organisation und Durchführung der Wochenmärkte zu 100 % dieser obliegt. Für die öff. Flächen werden Sondernutzungsgebühren an die Stadt entrichtet.

Aufgrund der verhältnismäßig hohen Standgebühren der Marktgilde waren die Marktbesicker an einer Zusammenarbeit mit der Marktgilde nicht interessiert. Diese Einstellung gilt auch heute noch.

Vielmehr wurde von den Marktbesickern die Idee vorgetragen, u.U. den Wochenmarkt eigenverantwortlich zu regeln (Privatisierung) und attraktiver zu gestalten. Diese Konzeption erfordert jedoch u.a. die Änderung der geltenden Marktordnung. Zu entsprechenden, konkretisierenden Ansätzen und Initiativen der Marktbesicker ist es jedoch in der Folgezeit nicht mehr gekommen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass seitens der Arbeitsgruppe "Regionale Vermarktung" (lokale Agenda) Anfang des Jahres 2001 Kontakt zu den Marktbesickern aufgenommen wurde, um gemeinsam neue Ansätze zur Attraktivitätssteigerung des Siegener Wochenmarktes zu erarbeiten. Das Interesse und die Resonanz auf eine eingeleitete Befragung der Marktbesicker war nach Auskunft der AG allerdings unbefriedigend.

Bei allen – z.T. schon überwundenen – Problemen auf dem Siegener Wochenmarkt, die aufgrund der vorübergehenden Verlegungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren zwangsläufig auftreten mussten, kann die Zusammenarbeit zwischen Marktbesickern und Marktverwaltung seit längerer Zeit wieder als reibungslos bezeichnet werden.

Dazu hat sicher beigetragen, dass in den letzten Jahren seitens der Stadt Siegen zu mehreren „Runde-Tisch-Gesprächen“ eingeladen wurde, in denen nicht nur die damaligen Verlegungsproblematiken sondern auch die Perspektiven der Märkte, Innovationsideen, Probleme des Alltagsgeschäftes u.a.m. erörtert wurden. So wird die Betreuung durch die Marktmeister als positiv empfunden.

Die Ist-Situation kann nur durch die Umsetzung möglichst vieler der zwischenzeitlich entwickelten Ideen verbessert werden. Diese können aber nicht zeitgleich realisiert werden. Für manche Maßnahmen sollten Prioritäten gesetzt werden, andere müssen probeweise angegangen und nach den gemachten Erfahrungen dann bewertet werden. Der mögliche Erfolg wäre an einem Leitbild mit Zielsetzungen zu messen, das noch gemeinsam mit allen Beteiligten zu konkretisieren ist.

## **2. Leitbild und Zielsetzungen für den Wochenmarkt**

Ziel des hiermit vorgelegten Verbesserungs-Konzeptes ist es, zunächst einmal den Bestand des Wochenmarktes abzusichern, ihn aber insbesondere für die Zukunft zu stärken. Dies kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, weiterhin den

Wochenmarkt – und zwar mittwochs und samstags – zu präsentieren, der möglichst keine Wünsche offen lässt. Dies gilt aus der Sicht der Markthändler sowie der Marktbewohnerinnen und –bewohner gleichermaßen. Um diese Zielsetzung dauerhaft zu erreichen, sollen künftig regelmäßig Befragungen und Erhebungen durchgeführt werden. Über die Ergebnisse und die sich daraus ergebenden Schluss-Folgerungen soll dem zuständigen Bezirksausschuss Bericht erstattet werden.

Angesichts der gravierenden strukturellen Veränderungen innerhalb der Städte soll der Markt individuelle Einkaufserlebnisse von Mensch zu Mensch ermöglichen. Wochenmärkte sind in jeder Stadt lebendige Treffpunkte für Kunden und Händler. Das soll auch weiterhin so bleiben. Marktplätze sind Orte, an denen noch wahre Kommunikation möglich ist. Hierzu sollen die Umsetzung der ausgearbeiteten Maßnahmen beitragen. In enger Kooperation mit den Markthändlern (halbjährliche Runde-Tisch-Gespräche) sollen aber auch weiterhin neue Ideen entwickelt werden. Es geht nicht um die einmalige Umsetzung des Maßnahmenkatalogs sondern vielmehr um einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess, der jetzt einzuleiten ist.

Auf den Märkten bekommen die Besucher frische Lebensmittel, Gewürze, Delikatessen aus aller Welt oder auch Kleinigkeiten des täglichen Bedarfs: zum Beispiel Kurzwaren, Gartenbedarf, Keramik oder Holzwaren. Dies können aber nur die Händler garantieren, die Marktverwaltung kann dabei helfen und für entsprechende Anstöße und Rahmenbedingungen sorgen. Sollten Angebote ausfallen oder neue Nachfragen entstehen, sollen gemeinsame Lösungen gesucht werden, um den Wochenmarkt mit speziellen Anbietern zu bereichern.

Mit der Umsetzung des vorgelegten Konzeptes können viele Beteiligte gewinnen: Die Oberstadt insgesamt, die Wochenmarkt-Händler und der benachbarte Einzelhandel. Ziel ist, durch einen abwechslungsreicheren Wochenmarkt die Anziehungskraft und die Ausstrahlung der Oberstadt zu steigern. Davon profitiert auch der Einzelhandel, denn die Wochenmarkt-Besucher nehmen auch die umliegenden Angebote in Anspruch ( 51 % der Marktbewohner verbinden den Marktbesuch derzeit noch mit Einkäufen in der Oberstadt; hier gilt es, den Anreiz der Nutzung der Geschäfte durch Aktionen mit den Einzelhändlern zu erhöhen).

### Partnerschaftliche Gestaltung des Marktes

Vor Ort betreut weiterhin ein spezieller städtischer Marktmeister den Markt. Er kennt die örtlichen Verhältnisse und die Händler. Ihn zeichnen Zuverlässigkeit und Freundlichkeit aus. Alle Seiten legen Wert auf eine gute Zusammenarbeit. Deshalb nehmen Marktverwaltung und Marktmeister die Anregungen und Interessen der Händler sehr ernst. Der Marktmeister sorgt nicht nur für Ordnung und reibungslose Abläufe -vor-, während und nach dem Marktgeschehen -, er steht den Händlern und Besuchern auch als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung.

Marktverwaltung und Marktmeister betreuen den Wochenmarkt insbesondere im Interesse der Händler. Dazu gehört künftig auch, kontinuierlich und aus besonderen Anlässen auf den Markt mit interessanten Werbemaßnahmen aufmerksam zu machen. Ein gutes Image sorgt für gute Umsätze. Diese Zielsetzungen sollen aufgrund der Analysen mit dem nachstehenden Maßnahmenprogramm erreicht werden.

### **3. Maßnahmenprogramm**

#### ***Vorgehensweise bei der Aufstellung***

Für die Erstellung eines Maßnahmenprogramms/Marketingkonzeptes - mit einem eigenständigen Profil und einem positiven Image für den Standort - wurde eine Situationsanalyse durchgeführt. Von Studenten der Universität Siegen wurde im Auftrag des Fachbereichs 6 eine Kunden- und Händlerbefragung zwischen dem 10. und 20. Juli 2002 auf dem Wochenmarkt durchgeführt. Des weiteren fand am 28. und 31. August 2002 eine ergänzende Befragung von Nichtkunden statt.

Dabei wurden die jeweiligen Zufriedenheitsgrade unter den Befragten für verschiedene wochenmarkttypische Gegebenheiten abgefragt und die Händler und Kunden aufgerufen, Problemfelder frei zu benennen und/oder Verbesserungsvorschläge zu machen. Hintergrund der gesamten Aktion war es, aus den gewonnenen Erkenntnissen gezielte Einzelmaßnahmen ableiten zu können, welche insgesamt die Marktattraktivität steigern sollen. Letzteres soll in erster Linie zu einer erhöhten Kundenbindung sowie zur Neukundengewinnung, insbesondere aufgrund einer wirkungsvollen Ansprache neuer Zielgruppen, führen. Als wichtig zu erachten ist die Tatsache, dass die vorliegende Analyse Startpunkt zu einer kontinuierlichen Verbesserungspolitik in Hinsicht auf den Wochenmarkt Siegen-Oberstadt sein soll, in Zuge dessen in regelmäßigen Abständen als Grundlage weitere Zufriedenheitsbefragungen unter den Händlern und Kunden stattfinden werden. Des weiteren fand eine ergänzende Befragung von Nichtkunden statt, um weitere gezielte Maßnahmen zur Gewinnung von Neukunden entwickeln zu können.

Die Befragung gliedert sich in vier Teilbereiche. Die *Kundenfrequenzanalyse* gibt die stichprobenartige Erfassung der gesamten Anzahl der Marktbesucher zu bestimmten Uhrzeiten an den jeweiligen Markttagen wieder. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus den bereits o.g. *Händler-* und *Kundenbefragungen* graphisch dargestellt und schriftlich kommentiert. Die graphischen Darstellungen sind, wenn inhaltlich angebracht, bereits mit Problemnennungen oder Verbesserungsvorschlägen versehen. Der *Maßnahmenkatalog* schließlich dient als Grundlage für konkreten Vorhaben zur Attraktivitätssteigerung des Wochenmarktes.

#### ***Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse***

Die als Anlage beigefügte Analyse zur Befragung von Händlern und Besuchern des Wochenmarktes in der Siegener Oberstadt wurde mit dem Ziel durchgeführt, wichtige Erkenntnisse über das Marktgeschehen, seine Rahmenbedingungen sowie in erster Linie über das Verhalten und die persönlichen Einstellungen der Marktbesucher zu gewinnen. Im Anschluss wurden, falls notwendig oder möglich, konkrete Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung definiert.

Als wesentliche Erkenntnis ist zum einen zu sehen, dass die Zielgruppe von Kunden im Alter bis zu 40 Jahren stark unterrepräsentiert ist. Für diese gilt es, den Erlebniswert eines Marktbesuches zu erhöhen.

Weiterhin wichtig erscheint, dass der Grad der Kundenbindung insgesamt sehr hoch ist. Die Gewinnung neuer Besuchergruppen führt demnach auch mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer spürbaren Vergrößerung der Stammkundschaft. Diese positive Aussicht sollte insbesondere auch die Händler veranlassen, sich möglichst auch finanziell an Verbesserungs- oder Werbemaßnahmen zu beteiligen, um so selber mit zur Verbesserung der von ihnen beklagten Umsatzsituation beizutragen.

Handlungsbedarf wird aus Sicht der Besucher in Hinsicht der als unangenehm empfundenen Parksituation gesehen. Die Analyse gibt eines ganz deutlich wieder: Marktbesucher sind in der Regel Autofahrer, die sowohl möglichst nah am Marktplatz als auch möglichst kostenlos/kostengünstig parken wollen. Diese Erkenntnis ist bei dem Vorhaben, neue Kundenkreise für die Zukunft zu gewinnen, unbedingt zu beachten. Es wird nicht funktionieren, wesentlich mehr Menschen zum Markt zu locken und gleichzeitig das dadurch entstehende zusätzliche PKW-Aufkommen relativ gering zu halten. Daher sollte die Öffentlichkeitsarbeit mit Hinweis auf das Parkplatzangebot und die bereits bestehenden Vergünstigungen intensiviert werden.

Letztendlich lässt sich sagen, dass vielfältige Potenziale zur Attraktivitätssteigerung des Wochenmarktes in der Oberstadt vorhanden sind und deshalb davon ausgegangen werden darf, dass eine kontinuierliche Verbesserungspolitik sowohl die Zufriedenheit unter Händlern und Kunden dauerhaft erhöht als auch neue Kundenkreise erschlossen werden können. Diesem Ziel dient der nachstehende Katalog.

## **Maßnahmen-Katalog Wochenmarkt Oberstadt**

### **1) Ziele der vorgeschlagenen Maßnahmen**

- allgemeine Kundenzufriedenheit erhöhen und damit die Kundenbindung stärken
- Neukunden in der Altersgruppe bis 40 Jahre gewinnen
- Neukunden unter Citybesuchern gewinnen
- Vergleichbarkeit mit Marktqualität anderer Großstädte schaffen
- Permanenten Fortschritt, kontinuierlichen Verbesserungswillen, gelebte Kundenorientierung seitens der Verwaltung demonstrieren
- Hohe Händlerzufriedenheit und damit Händlerloyalität zum Standpunkt Kornmarkt sichern

### **2) Maßnahmen**

#### **Öffnungszeiten**

- Offizielle Verlängerung bis zumindest 14 Uhr (Testphase zu bestimmten Saisonszeiten)
- Markt nicht aufgrund von Festveranstaltungen ausfallen lassen, sondern nach Möglichkeiten einbeziehen

#### **Sortimentserweiterung (insbesondere Mittwochs)**

- Süßwaren
- Mittwochs Fisch
- Milchprodukte
- Hartwaren (Bekleidung, Karten etc.), dafür evtl. Nutzung des Areals vor der Nikolaikirche, Rathausumfeld, Fißmeranlage
- gängige fremdländische Lebensmittel
- Gewinnung von Sonderverkaufsanbietern (Rathausumfeld nutzen)
- Regionale Bauernmarktanbieter anfragen (nicht zur Konkurrenz sondern als Ergänzung Mittwochs)

### **Parken und Verkehr**

- Vergütung Parkgebühren
- Markt-Shuttle-Verkehr „Kornmarkt <-> Busbahnhof“ (z.B. über einen gesponserten Kleinbus)

### **Serviceleistungen**

- Träger (gegen geringe Gebühr)
- Kinderbetreuung (gegen geringe Gebühr), z.B. Kooperation mit Jugendkunstschule (Malen zur Marktzeit, Schminkschule für Kinder etc.)
- Sitz-/Verweilmöglichkeiten, z.B. überdachte Bierzeltgarnitur, Stehtische auf dem Markt
- Probiermöglichkeiten
- Postkasten für Verbesserungsvorschläge auf dem Markt aufstellen
- Regenschutz (z.B. auf- und abbaubaren Mittelgang auf dem Kornmarkt gestalten nach dem Vorbild von Garten-Pavillon-systemen)
- Moderation und Vorstellung anlässlich Saisonöffnung und zu bestimmten Aktionstagen, Vorstellung neuer Händler
- Frischhaltetüten

### **Markt- und Marktumfeld-Gastronomie**

- alkoholfreie Getränke, Markt-Steh-Kaffee
- Marktfrühstücken in Umfeld-Gastronomie
- spezielles Marktfrühstück in umliegenden Cafés
- Imbiss-Angebote

### **Atmosphäre, Untermalung bzw. Rahmenprogramm**

- Straßen-Comedy/Pantomime/Gaukler/Marionettentheater
- Flexible Begrünungsmöglichkeiten
- Gewinnspiel/Marktlotterie/Wert-Coupon im Zusammenhang mit der Aktion „Siegen handelt“
- Aktionsflächen (Kinder- und Jugendgruppen, Jugendfeuerwehr, DLRG, DRK, Kirchengemeinden, Städtische Dienststellen und Aktionen, gemeinnützige Vereine etc.)

### **PR/Werbung**

- regelmäßige Zeitungsartikel bewirken
- regelmäßige Radioberichte vom Markt



- allgemeine Werbemaßnahmen
- Wochenmarkt-Info über Plakatierung und Flyer
- 100 Rosen-Aktion
- Internet-Präsentation, über die städtische Homepage erreichbar (z.B. Virtueller Markt-Rundgang)

### Sonstiges

- Qualitätsmarken/Kaufmagneten ansiedeln

Zu einzelnen Ergebnissen der Befragung bzw. zum Maßnahmekatalog kamen aus den Gesprächsrunden mit den Beteiligten noch folgende Anmerkungen und Anregungen:

- Nach den Erfahrungen der Markthändler ist die Besucherzahl – entgegen den Feststellungen im Rahmen der Befragungen – um 7.00 Uhr größer als um 8.00 Uhr. Das spricht für frühere Öffnungszeiten der umliegenden Geschäfte.
- Bei einer Änderung der Markttage wären aufgrund von gleichzeitig stattfindenden Wochenmärkten an anderen Orten nicht mehr genügend Händler in der Lage, den Siegener Wochenmarkt zu beschicken.
- Eine Ausweitung der Marktzeiten sehen die Händler aus ihrer Sicht als nicht machbar an.
- Die Möglichkeit, Direktvermarkter für eine Beteiligung am Wochenmarkt zu gewinnen, wird als relativ aussichtslos angesehen, da es hier in der Region nur wenige Anbieter gibt, welche sich dann allein auf einen Hofverkauf beschränken. Hier sollte die Marktverwaltung initiativ werden.
- Durch eine bessere Öffentlichkeitsarbeit können bereits vorhandene Serviceleistungen der Markthändler, welche bei der Befragung z. T. als Wunsch geäußert wurden, bekannt gemacht werden.
- Gastronomieangebote – wie etwa ein „Marktfrühstück“ – auf oder in Verbindung mit dem Wochenmarkt werden allgemein als wünschenswert betrachtet.
- Eine mögliche Werbemaßnahme könnte der Abdruck von Gutscheinen für kostenlose Beigaben in den lokalen Zeitungen sein.
- Insbesondere der Wochenmarkt am Mittwoch bietet Raum zur Vorstellung und für Aktionen von verschiedenen Institutionen.
- Verlängerung der Marktzeit (z.B. bis 16.00 Uhr)

Es besteht weder mittwochs noch samstags ein großes Interesse an einer Ausdehnung der Marktzeiten. Zum Teil sind die Händler mittwochs noch auf anderen Märkten (Anzahl nicht quantifizierbar); samstags haben die Kunden gegen 12.30 Uhr ihren Wochenendeinkauf abgeschlossen. Danach flaut das Geschäft ab.

Die Stadt hat die mögliche Ausweitung der Zeiten mehrfach ins Gespräch gebracht – auch die möglichen (wenn auch geringfügigen) Mehrkosten und organisatorischen

Probleme der Stadtreinigung (Änderung der Arbeitszeiten u.a.) – letztendlich blieb man gemeinsam bei der Auffassung, dass die Zeiten beibehalten werden sollten. Zu diesem Punkt sollen noch einmal Gespräche aufgenommen werden, um Probephase zu diskutieren.

- Ausbau des Marktes mit Ständen außerhalb des Bereiches „grüner Markt“ und Entwicklung eines Förderkonzeptes für Direktvermarkter

Dieser Vorschlag wurde bereits vor längerer Zeit am „Runden Tisch“ gemacht und seinerzeit vom FB 1 aufgegriffen (Modell „Mini-Viktualien-Markt“ München und/oder Kunstgewerbe, Blumen u.a. aus der Region im Umfeld des Rathauses). Es haben sich keine Interessenten gefunden; bei der Umgestaltung des Kornmarktes wurde dann wegen mangelnder Interessenten darauf verzichtet; einzelne Händler sahen auch ein zusätzliches Konkurrenz-Problem.

- grundsätzliche Öffnung des Marktes auch für nicht gewerbliche Anbieter

Diese können nach den geltenden Regelungen auch jetzt schon tätig werden. Der Wochenmarkt darf aber nicht seine originäre Konzeption verlieren. Flohmarkt-Charakter dürfte nicht erwünscht sein.

Im Ergebnis wird festgestellt, dass eine Zukunftsperspektive der Wochenmärkte gegeben ist, weil sie Vorzüge haben, die weder Supermärkte noch Obst- und Gemüsehandlungen allein bieten können.

#### **4. Weiteres Vorgehen**

Der nun vorliegende Maßnahmen-Katalog stellt eine Ideensammlung dar. Er bedarf noch differenzierterer Betrachtung. Die realisierbaren Maßnahmen sollen dann gemeinsam mit den Markthändlern und in Kooperation mit der GSS sowie dem Aktionsring möglichst umfassend umgesetzt werden. Dazu müssen die Prioritäten in einer weiteren Sitzung endgültig festgelegt werden. Geeignete Maßnahmen, die ohne großen finanziellen und organisatorischen Aufwand realisiert werden können, sollen zeitnah, andere können erst nach weiteren Abstimmungen umgesetzt werden. Hierzu werden noch konkretere Informationen dem Bezirksausschuss IV (Siegen Mitte) – möglichst schon in der nächsten Sitzung - gegeben.

Nach grundsätzlicher Zustimmung durch den Haupt- und Finanzausschuss sollte der zuständige Bezirksausschuss über die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen abschließend befinden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Anlagen: 1

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Kämmerei  
Bearbeitet von: Oda Fischer/ Christoph Ermert

Datum  
16.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des III. Quartals 2002**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des III. Quartals des Haushaltsjahres 2002 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1) 40.482,50 €

im Vermögenshaushalt (Anlage 2) 299.342,72 €

**Sachverhalt / Begründung:**

Nach § 82 GO in Verbindung mit dem Ratsbeschluss über die Zuständigkeitsabgrenzung für die Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben vom 28.11.2001 sind die über- und außerplanmäßigen Ausgaben dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen, die nicht der vorherigen Zustimmung des Rates bedürfen.

Hiermit werden die im III. Quartal 2002 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes (Anlage 1) und des Vermögenshaushaltes (Anlage 2) zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Gemäß § 82 Abs. 1 GO ist die Deckung der über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben in jedem Einzelfall durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben gegenüber der Haushaltsveranschlagung sichergestellt worden.

Die über-/außerplanmäßigen Ausgaben sind folgendermaßen abgedeckt:

1. **Verwaltungshaushalt**

Mehreinnahmen	16.702,50 €
Minderausgaben	<u>23.780,00 €</u>
Summe	40.482,50 €

2. **Vermögenshaushalt**

Mehreinnahmen	116.522,59 €	
Minderausgaben	<u>182.820,13 €</u>	
Summe		299.342,72 €

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Stadtkasse / Steuern  
Bearbeitet von: Frau Schäfer (FB 3/2.3)

Datum  
24.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer  
aufgrund der Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes NRW**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer gemäß der Anlage 1 zu dieser Vorlage.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Das Kommunalisierungsmodellgesetz NRW tritt nach fünfjähriger Geltungsdauer zum 31. Dezember 2002 außer Kraft. Auf der Grundlage dieses Gesetzes konnten Gemeinden „zur Erprobung neuer Modelle zur Aufgabenerledigung“ auf Antrag durch Rechtsverordnung des Innenministeriums von einigen Gesetzen und Verordnungen, so auch von Vorschriften des Vergnügungssteuergesetzes NRW hinsichtlich der Höhe der Steuersätze mit der Maßgabe befreit werden, dass sie abweichende Steuersätze durch Satzung selbst festlegen. An diesem Modellversuch haben verschiedene Städte in Nordrhein-Westfalen (z.B. Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Oberhausen) teilgenommen.

Die Anhebung der Steuersätze auf der Grundlage speziell erlassener oder geänderter Vergnügungssteuersatzungen führte - zumindest aus fiskalischer Sicht - insgesamt zu positiven Ergebnissen. Als Ziel des Landesgesetzgebers, im Rahmen dieses Modellversuchs sowohl die finanzielle Leistungsfähigkeit als auch die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen zu stärken, kann nach den vorliegenden Erkenntnissen als erreicht betrachtet werden. Demzufolge wird das derzeitige Vergnügungssteuergesetz NRW vom 14.12.1965 zum 31.12.2002 außer Kraft gesetzt bzw. aufgehoben. Das Gesetzgebungsverfahren ist durch die Landesregierung eingeleitet worden.

Mit der Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes sind die nordrhein-westfälischen Gemeinden aufgrund der §§ 1-3 Kommunalabgabengesetz NRW berechtigt, die Vergnügungssteuer auf der Basis einer genehmigungsfreien Vergnügungssteuersatzung ab 01. Januar 2003 weiterhin zu erheben.

Bei der Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für die Vergnügungssteuererhebung ist es den Kommunen u.a. freigestellt, die bisher normierten Steuertatbestände zu modifizieren oder deren Umfang zu verringern oder auszuweiten. Die Gestaltungsfreiheit erstreckt sich beispielsweise auch auf die Festlegung der Steuermaßstäbe und -sätze sowie die Art der Steuerfestsetzung (Steuerbescheid, Steueranmeldung).

Die von der Verwaltung erarbeitete und als Anlage 1 beigefügte Vergnügungssteuersatzung orientiert sich an einer Mustersatzung des Deutschen Städtetages und übernimmt im Wesentlichen die Strukturen des derzeitigen Vergnügungssteuergesetzes NRW (Aufbau, Gliederung, Inhalt), weicht aber gleichwohl von zahlreichen Einzelvorschriften des Landesgesetzes ab, weil sich diese zum Teil als antiquiert, überflüssig, rechtlich bedenklich, zu kompliziert, lückenhaft oder widersprüchlich erwiesen haben.

Die sich bei der Vergnügungssteuer ergebenden Veränderungen für die Steuer-schuldner sind aus der Anlage 2 ersichtlich. Hinzuweisen ist darauf, dass die von der Verwaltung jetzt vorgeschlagenen Steuersätze sich an den Festsetzungen von Städten vergleichbarer Größenordnung in NRW orientieren.

Es ergeben sich insbesondere Mehrbelastungen für die Betriebe, die gewinnorientierte Automaten in Spiel- und Gaststätten unterhalten. Hierdurch soll auch dem ordnungspolitischen Charakter der Vergnügungssteuer und dem damit verbundenen Lenkungszweck Rechnung getragen werden. Im o.a. Modellversuch wurde deutlich, dass die Erhöhungen rechtlich und ökonomisch vertretbar sind; Befürchtungen, dass die Gemeinden Steuersätze knapp unter der Erdrosselungsgrenze festsetzen würden, haben sich nicht bestätigt.

So ergibt sich z.B. für Geldspielgeräte in Spielhallen eine monatliche Mehrbelastung in Höhe von 62,00 Euro und für sonstige Apparate in Höhe von 15,00 Euro, wohingegen die Beträge für Automaten in Gaststätten für Geldspielgeräte um 5,00 Euro und für sonstige Apparate um 0,50 Euro angehoben werden.

Lediglich bei sog. „Gewaltspielautomaten“, soweit diese überhaupt rechtlich zugelassen sind, wurde eine deutliche Erhöhung von bisher bis zu 138,00 Euro auf 400,00 Euro vorgenommen. Dies war bisher aufgrund des Vergnügungssteuergesetzes NRW nicht möglich. Jedoch wird hierdurch der Lenkungszweck der Steuererhebung verwirklicht, indem die Verbreitung von „Gewaltspielautomaten“ und ähnlichen Geräten eingedämmt wird. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag ist in der Satzung enthalten. Hinweis: Bisher sind solche Geräte in der Stadt Siegen nicht registriert worden.

Die Steuersätze für Tanzveranstaltungen und sonstige Veranstaltungen bleiben unverändert bzw. liegen moderat über den bislang nach dem Vergnügungssteuergesetz NRW zulässigen Sätzen und orientieren sich an einem Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

(Mehreinnahmen 2003 ca. 0,19 Mio. €)

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH - Entwurf -	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit ca. 0,71 Mio. €	Haushaltsstelle 1.900.0210.1
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	---------------------------------

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Ulf Stötzel  
Bürgermeister

Anlage 1: Satzung

Anlage 2: Übersicht Vergnügungssteuersätze



**Satzung  
über die Erhebung der Vergnügungssteuer in der Stadt Siegen  
(Vergnügungssteuersatzung) vom .....**

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am ..... die nachfolgende Satzung beschlossen.

Die Satzung beruht auf:

§ 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt vom 30.04.2002 (GV.NRW. S. 160 ff.) [In-Kraft-Treten zum 01.01.2003].

§§ 1 bis 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV.NRW. 1969, S. 712) zuletzt geändert durch Art. 74 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an den Euro vom 25.09.2001 (GV.NRW. 2001, S. 708).

**I. Allgemeine Bestimmungen**

**§ 1  
Steuergegenstand**

Der Besteuerung unterliegen die im Gebiet der Stadt Siegen veranstalteten nachfolgenden Vergnügungen (Veranstaltungen) gewerblicher Art:

1. Tanzveranstaltungen;
2. Striptease-Vorführungen und Darbietungen ähnlicher Art;
3. Vorführungen von pornographischen und ähnlichen Filmen oder Bildern – auch in Kabinen -;
4. Ausspielungen in Spielklubs, Spielkasinos und ähnlichen Einrichtungen;
5. das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten in
  - a) Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen,
  - b) Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen für jeden zugänglichen Orten.

## **§ 2**

### **Steuerfreie Veranstaltungen**

Steuerfrei sind

1. Familienfeiern, Betriebsfeiern und nicht gewerbsmäßige Veranstaltungen von Vereinen;
2. Veranstaltungen von Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen sowie von Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts oder ihrer Organe;
3. Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken verwendet wird, wenn der Zweck bei der Anmeldung nach § 11 angegeben worden ist und der verwendete Betrag mindestens die Höhe der Steuer erreicht;
4. das Halten von Apparaten nach § 1 Nr. 5 im Rahmen von Volksbelustigungen, Jahrmärkten, Kirmessen und ähnlichen Veranstaltungen.

## **§ 3**

### **Steuerschuldner**

Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltung (Veranstalter). In den Fällen des § 1 Nr. 5 ist der Halter der Apparate (Aufsteller) Veranstalter.

## **§ 4**

### **Erhebungsformen**

- (1) Die Steuer wird erhoben als
  1. Kartensteuer nach §§ 5 und 6,
  2. Pauschsteuer nach §§ 7 bis 10.
- (2) Ist die Pauschsteuer höher als die Kartensteuer, wird die Pauschsteuer erhoben.
- (3) Die Steuer ist für jede Veranstaltung gesondert zu berechnen. Finden im Zeitraum eines Kalendermonats mehrere Veranstaltungen gleicher Art desselben Veranstalters und am gleichen Ort statt, so wird eine Pauschsteuer nach Absatz 1 Ziff. 2 nur dann erhoben, wenn bei Zusammenfassung aller Veranstaltungen dieses Zeitraums die Pauschsteuer höher ist als die Kartensteuer.

## **II. Kartensteuer**

### **§ 5 Eintrittskarten**

- (1) Wird für eine Veranstaltung ein Eintrittsgeld erhoben, so ist der Veranstalter verpflichtet, Eintrittskarten oder sonstige Ausweise, die im Sinne dieser Satzung als Eintrittskarten gelten, auszugeben.
- (2) Der Veranstalter ist verpflichtet, auf die Eintrittspreise sowie gegebenenfalls auf Art und Wert der Zugaben nach § 6 Abs. 2 am Eingang zu den Veranstaltungsräumen und an der Kasse in geeigneter Weise an für die Besucher leicht sichtbarer Stelle hinzuweisen.
- (3) Bei der Anmeldung der Veranstaltung (§ 11) hat der Veranstalter die Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise, die zu der Veranstaltung ausgegeben werden sollen, der Stadt Siegen vorzulegen.
- (4) Über die ausgegebenen Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise hat der Veranstalter für jede Veranstaltung einen Nachweis zu führen. Dieser ist sechs Monate lang aufzubewahren und der Stadt Siegen auf Verlangen vorzulegen.
- (5) Die Abrechnung der Eintrittskarten ist der Stadt Siegen binnen 7 Werktagen nach der Veranstaltung, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Kalendermonats vorzulegen.

### **§ 6 Steuermaßstab und Steuersatz**

- (1) Die Kartensteuer wird nach Preis und Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten (§ 5) berechnet. Sie ist nach dem Entgelt zu berechnen, wenn dieses höher ist als der auf der Eintrittskarte ausgegebene Preis.
- (2) Entgelt ist die gesamte Vergütung, die vor, während oder nach der Veranstaltung für die Teilnahme erhoben wird. In einem Teilnahmeentgelt enthaltene Beträge für Speisen und Getränke oder sonstige Zugaben bleiben bei der Steuerberechnung außer Ansatz. Sofern der Wert der den Teilnehmern gewährten Zugaben nicht exakt ermittelt werden kann, legt die Stadt Siegen den Abzugsbetrag nach Satz 2 unter Würdigung aller Umstände pauschal fest.
- (3) Der Steuersatz beträgt 22 v.H. des Entgelts.
- (4) Die Stadt Siegen kann den Veranstalter vom Nachweis der Anzahl der ausgegebenen Eintrittskarten und ihrer Preise befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

### III. Pauschsteuer

#### § 7

#### Nach dem Spielumsatz

- (1) Für Spielklubs, Spielkasinos und ähnliche Einrichtungen beträgt die Pauschsteuer 6 v.H. des Spielumsatzes. Spielumsatz ist der Gesamtbetrag der eingesetzten Spielbeträge.
- (2) Der Spielumsatz ist der Stadt Siegen spätestens 7 Werktage nach der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen sind die Erklärungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Monats abzugeben.
- (3) Die Stadt Siegen kann den Veranstalter von dem Einzelnachweis der Höhe des Spielumsatzes befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

#### § 8

#### Nach der Anzahl der Apparate

- (1) Die Pauschsteuer für das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten wird nach deren Anzahl erhoben.
- (2) Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat bei der Aufstellung

1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 5 a) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	200,00 Euro
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	45,00 Euro

2. in Gastwirtschaften und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 5 b) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	50,00 Euro
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	23,00 Euro

3. in Spielhallen, Gastwirtschaften und an sonstigen Orten (§ 1 Nr. 5 a und b) bei Apparaten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/ oder Tiere dargestellt werden oder die die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder pornografischer und die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben. Die rechtliche Zulassung der Geräte ist Voraussetzung.

400,00 Euro

- (3) Besitzt ein Apparat mehrere Spieleinrichtungen, so gilt jede dieser Einrichtung als ein Apparat. Apparate mit mehr als einer Spieleinrichtung sind solche, an denen gleichzeitig zwei oder mehr Spielvorgänge ausgelöst werden können.

- (4) Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Apparates ein gleichartiger Apparat, so wird die Steuer für diesen Kalendermonat nur einmal erhoben.
- (5) Der Halter hat die erstmalige Aufstellung eines Apparates sowie jede Änderung hinsichtlich Art und Anzahl der Apparate an einem Aufstellort bis zum 7. Werktag des folgenden Kalendermonats schriftlich anzuzeigen. Bei verspäteter Anzeige bezüglich der Entfernung eines Apparates gilt als Tag der Beendigung des Haltens der Tag des Anzeigeneingangs. Ein Apparatetausch im Sinne des Abs. 4 braucht nicht angezeigt zu werden.

## **§ 9**

### **Nach der Größe des benutzten Raumes**

- (1) Für die Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 – 3 ist die Pauschsteuer nach der Größe des benutzten Raumes zu erheben, wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird. Die Größe des Raumes berechnet sich nach dem Flächeninhalt der für die Veranstaltung und die Teilnehmer bestimmten Räume einschließlich des Schankraumes, aber ausschließlich der Küche, Toiletten und ähnlichen Nebenräumen. Entsprechendes gilt für Veranstaltungen im Freien.

- (2) Die Pauschsteuer beträgt je Veranstaltungstag und angefangene zehn Quadratmeter Veranstaltungsfläche bei Veranstaltungen

nach § 1 Nr. 1	1,00 Euro
----------------	-----------

nach § 1 Nrn. 2 und 3	2,00 Euro
-----------------------	-----------

Endet eine Veranstaltung erst am Folgetag, wird ein Veranstaltungstag für die Berechnung zu Grunde gelegt.

- (3) Die Stadt Siegen kann den Steuerbetrag mit dem Veranstalter vereinbaren, wenn die Ermittlung der Veranstaltungsfläche besonders schwierig ist.

## **§ 10**

### **Nach der Roheinnahme**

- (1) Die Pauschsteuer ist, soweit sie nicht nach den Vorschriften der §§ 7, 8 und 9 festzusetzen ist, nach der Roheinnahme zu berechnen. Der Steuersatz beträgt 22 v.H. Als Roheinnahme gelten sämtliche vom Veranstalter gemäß § 6 Abs. 2 von den Teilnehmern erhobenen Entgelte.
- (2) Die Roheinnahmen sind der Stadt Siegen spätestens 7 Werktage nach der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen sind die Erklärungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Monats abzugeben.
- (3) Die Stadt Siegen kann den Veranstalter von dem Einzelnachweis der Höhe der Roheinnahme befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

## **IV. Gemeinsame Bestimmungen**

### **§ 11**

#### **Anmeldung und Sicherheitsleistung**

- (1) Die Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 – 4 sind spätestens zwei Wochen vor deren Beginn bei der Stadt Siegen anzumelden. Bei unvorbereiteten und nicht vorherzusehenden Veranstaltungen ist die Anmeldung an dem auf die Veranstaltung folgenden Werktag nachzuholen. Veränderungen, die sich auf die Höhe der Steuer auswirken, sind umgehend anzuzeigen.
- (2) Die Stadt Siegen ist berechtigt, eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlichen Steuerschuld zu verlangen. Bei mehreren geplanten Veranstaltungen innerhalb eines Kalendermonats ist der Gesamtbetrag dieses Monats maßgebend. Die Sicherheitsleistung beträgt im Fall des § 1 Nr. 4 mindestens 10.000,00 Euro.

### **§ 12**

#### **Entstehung des Steueranspruches**

- (1) Der Vergnügungssteueranspruch entsteht mit dem Abschluss der Veranstaltung.
- (2) Im Falle der Pauschsteuer nach der Anzahl der Apparate (§ 8) entsteht der Vergnügungssteueranspruch mit der Aufstellung des Apparates an den in § 1 Nr. 5 genannten Orten.

### **§ 13**

#### **Festsetzung und Fälligkeit**

- (1) Die Stadt Siegen ist berechtigt, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen die Pauschsteuer für einzelne Kalendervierteljahre im Voraus festzusetzen. In diesen Fällen ist die Steuer für das jeweilige Kalendervierteljahr zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu entrichten. Die Steuer kann auf Antrag zu je einem Zwölftel des Jahresbeitrages am 15. jeden Kalendermonats entrichtet werden.
- (2) Die Vergnügungssteuer, die für zurückliegende Zeiträume festgesetzt wird, ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

### **§ 14**

#### **Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne von § 20 Abs. 2 Buchstabe b) des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969, in der jeweils geltenden Fassung, handelt, wer als Veranstalter vorsätzlich oder leichtfertig folgenden Vorschriften bzw. Verpflichtungen zuwiderhandelt:

1. § 5 Abs. 1: Ausgabe von Eintrittskarten

- 2. § 5 Abs. 2: Hinweis auf Eintrittspreise
- 3. § 5 Abs. 3: Vorlage der Eintrittskarten bei der Anmeldung der Veranstaltung
- 4. § 5 Abs. 4: Führung und Aufbewahrung des Nachweises über die ausgegebenen Eintrittskarten
- 5. § 5 Abs. 5: Abrechnung der Eintrittskarten
- 6. § 7 Abs. 2: Erklärung des Spielumsatzes
- 7. § 8 Abs. 5: Anzeige der erstmaligen Aufstellung eines Spielapparates sowie Änderung (Erhöhung) des Apparatebestandes
- 8. § 10 Abs. 2: Erklärung der Roheinnahmen
- 9. § 11 Abs. 1: Anmeldung der Veranstaltung und umgehende Anzeige von steuererhöhenden Änderungen

## **§ 15 Inkrafttreten**

Diese Vergnügingssteuersatzung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Vergnügingssteuersatzung der Stadt Siegen vom 12.07.1988, zuletzt geändert am 29.11.2001, außer Kraft.

**Gegenüberstellung der Vergnügungs-  
steuersätze und voraussichtlichen Mehr-  
einnahmen**

Besteuerungsgrundlage	Bisher festgesetzte Vergnügungsteuer in €	Neu festgesetzte Vergnügungsteuer in €	Differenz	Be- rech- nung s- fak- tor *1)	Mehreinnahme pro Jahr in €
Geldspielgeräte in Spielhallen (§ 8 Abs. 2 Nr. 1) monatlich	138,00	200,00	62,00	204 Apparate	151.776,00
Sonstige Apparate in Spielhallen (§ 8 Abs. 2 Nr. 1) monatlich	30,00	45,00	15,00	151 Apparate	27.180,00
Geldspielgeräte in Gaststätten (§ 8 Abs. 2 Nr. 2) monatlich	45,00	50,00	5,00	152 Apparate	9.120,00
Sonstige Apparate in Gaststätten (§ 8 Abs. 2 Nr. 2) monatlich	22,50	23,00	0,50	57 Apparate	342,00
Gewaltverherrlichende Spielgeräte (§ 8 Abs. 2 Nr. 3) monatlich	-	400,00	400,00	0	*2)
Tanzveranstaltungen (§ 9 Abs. 2) für jede ange- fangenen 10 m² Veransthfläche pro Veransth.	1,00	1,00	0,00	1.87 2,91 m²	0,00



sonstige Veranstalt. (§ 9 Abs. 2) für jede angefangenen 10 m² Veranstalt.fläche pro Veranst.	1,60	2,00	0,40	444 m²	457,60
Kartensteuer (§ 6 Abs. 3)	20 %	22 %	2 %	0	*3)
Pauschsteuer nach dem Spielumsatz in Spielkasinos (§ 7 Abs. 1)	5 %	6 %	1 %	0	*3)
Pauschsteuer nach der Roheinnahme bei Veranstaltungen (§ 10 Abs. 1)	5 %	22 %	17 %	0	*3)
				<b>Gesamt:</b>	<b>188.875,6</b>

**Erläuterungen:**

\*1) Die Berechnung erfolgt nach dem derzeitigen Stand (Auswertung 26.09.2002).

Die Mehreinnahmen ergeben sich unter der Voraussetzung gleichbleibender Meldedaten.

\*2) Entsprechende Apparate sind bisher nicht als solche erfasst (siehe Erläuterungen der Verwaltungsvorlage Seite 2)

\*3) Die Besteuerung regelmäßiger Veranstaltungen erfolgt derzeit ausschließlich nach der Größe des Veranstaltungsraumes (§9).

Die bisher durch das Vergnügungssteuergesetz festgeschriebenen Sätze wurden dem Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes NRW angepasst.



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
Bearbeitet von: Rainer Brede

Datum  
21.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss VI - Eiserfeld</b>	<b>04.09.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>28.10.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>27.11.2002</b>

Betreff:

**Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes  
Nr. 323 "Eiserfelder Straße" im Stadtteil Eiserfeld;**

**hier: 1. Auf § 31 GO wird hingewiesen**

**2. Beschluss der Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 1 BauGB  
als Satzung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße" laut Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 19.12.2001 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße" beschlossen.

Das Plangebiet ist ca. 2,5 ha groß und grenzt unmittelbar an die Eiserfelder Straße. Es wird bis auf einige Wohnhäuser sowie einige noch unbebaute Grundstücke gewerblich genutzt. Planungsziel ist es, die gewerbliche Nutzungsstruktur unter Berücksichtigung der anderen vorhandenen Nutzungen zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Ohne die Aufstellung des Bebauungsplanes hätte eine Bauvoranfrage für einen Lebensmittelmarkt, der der vorhandenen Nutzungsstruktur und dem Planungsziel der Stadt Siegen sowie dem Einzelhandelsentwicklungskonzept widerspricht und die geplante Neuordnung der Ortsmitte Eiserfeld gefährdet, positiv beschieden werden müssen.

Durch den durch die Ausstellung des Bebauungsplanes Nr. 323 anwendbaren § 15 BauGB konnte die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens bis zum 30.12.2002 zurückgestellt werden.

Da der Bebauungsplan Nr. 323 nicht bis zum 30.12.2002 rechtsverbindlich sein wird, die Bauvoranfrage nicht zurückgezogen wurde und nach Ablauf des 30.12.2002 positiv beschieden werden müsste und auch weitere Anträge ähnlicher Art im Bebauungsplangebiet nicht auszuschließen sind, ist es geboten, zur weiteren Absicherung der Planung gemäß § 14 BauGB für das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 eine Veränderungssperre zu erlassen.

Die Wirkungen der Veränderungssperre sind dem der Vorlage als Anlage 2 beigefügten Satzungstext über die Veränderungssperre zu entnehmen. Dabei ist insbesondere auf die Ausnahmeregelung des Satzungstextes der Veränderungssperre hinzuweisen, die einen generellen "Baustopp" ausschließt (siehe § 2 Satz 2 der Satzung).

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre ist in einer Bestandskarte i. M. 1 : 500, die Bestandteil der Satzung ist und in den Sitzungen präsentiert wird, umgrenzt.

Die Veränderungssperre hat gemäß § 17 BauGB zunächst eine Geltungsdauer von 2 Jahren, wobei die Frist um ein Jahr verlängert werden kann.

Für das Vorhaben Lebensmittelmarkt wird hinsichtlich der Geltungsdauer der Veränderungssperre der Zeitraum seit der Zurückstellung bis zum Erlass der Veränderungssperre angerechnet.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich
---------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	--

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbourat

### Anlagen

1. Übersichtsplan
2. Satzungsentwurf der Veränderungssperre

**Anlage 2****S a t z u n g**

**vom                      2002  
der Stadt Siegen über den Erlass  
einer Veränderungssperre für das Gebiet  
des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße"**

Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666 / SGV NW 2023) und der §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl I S. 2141), zuletzt geändert am 15.12.1997 (BGBl I S. 2902) hat der Rat der Stadt Siegen am                      nachstehende Veränderungssperre als Satzung beschlossen :

**§ 1****Räumlicher Geltungsbereich der Veränderungssperre**

Das Gebiet der Veränderungssperre liegt im Stadtteil Eiserfeld und grenzt unmittelbar an den Rand der Eiserfelder Straße. Es erstreckt sich von Norden nach Süden vom Gebäude Nr. 290 - Eiserfelder Straße bis zum Gebäude Nr. 306 - Eiserfelder Straße. Im Norden wird das Plangebiet durch den Eiserfelder Bahnhof begrenzt.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre ist in einer Bestandskarte i. M. 1 : 500, die Bestandteil der Satzung ist, umgrenzt und erfasst im Einzelnen die Grundstücke Gemarkung Eiserfeld Flur 8 Flurstücke 19, 21, 36, 37, 257, 259, 263, 265, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 421, 445, 446, 448, 449, 485, 499, 500, 501, 502, 503, 507, 508, 509, 510, 516, 517, 519, 520, 522, 523, 550 tw.

**§ 2****Rechtswirkungen der Veränderungssperre, Ausnahmen**

Für die Grundstücke des in § 1 beschriebenen Geltungsbereiches gilt, dass gemäß § 14 Abs. 1 und 2 BauGB

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen;

2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen.

Ausnahmen von der Veränderungssperre können gemäß § 14 Abs. 2 BauGB zugelassen werden, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

Gemäß § 14 Abs. 3 BauGB werden Vorhaben von der Veränderungssperre nicht berührt, die vor dem In-Kraft-Treten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind oder aufgrund eines anderen baurechtlichen Verfahrens zulässig sind sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisherigen ausgeübten Nutzung.

### **§ 3**

#### **In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft.

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 8 / Stadtreinigung  
Bearbeitet von: Herrn Röcher/Herrn Weber

Datum  
16.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie</b>	<b>07.11.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>27.11.2002</b>

Betreff:

**Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2002**  
**hier: 10. Änderungssatzung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die als Anlage 3 beigelegte 10. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2001.

### **Sachverhalt / Begründung:**

#### **1. Ausgangslage**

Vor dem Hintergrund bedarfsorientierter Gebührenerhebungen und steigender Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sind regelmäßig die entstehenden Kosten der Straßenreinigung und des Winterdienstes einer kritischen Prüfung zu unterziehen und nach erfolgten Gebührenbedarfsberechnungen ggf. anzupassen.

Außerdem sind die im Laufe eines Jahres von Anliegern vorgetragenen Vorschläge oder von der Verwaltung getroffenen Feststellungen hinsichtlich der Änderung bei der Übertragung der Reinigungspflichten auf Anlieger oder Stadt durch Änderung des Straßenverzeichnisses als Bestandteil der Straßenreinigungssatzung zu berücksichtigen.

Darüber hinaus bedarf es nach rechtlicher Prüfung der redaktionellen Änderung des Satzungstextes.

## 2. Änderung des Satzungstextes

Nach § 6 Absatz 6 der Straßenreinigungssatzung sind die Eigentümer solcher Grundstücke, die nach ihrer Zweckbestimmung nur forstwirtschaftlich genutzt werden können, von der Gebührenpflicht befreit. Forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken sollten landwirtschaftlich genutzte Grundstücke gleichgestellt und ebenfalls von der Gebührenpflicht befreit werden.

## 3. Änderung des Straßenverzeichnisses

Änderungen bei der Pflichtenübertragung werden sowohl von Anliegern und Organisationen wie z. B. den Verkehrsbetrieben vorgeschlagen oder von Verwaltungsdienststellen aufgezeigt.

Diese Änderungsvorschläge sind aufgenommen und geprüft worden. Sie sind in der Zusammenfassung, die als Anlage 1 dieser Vorlage beigelegt ist, dargestellt und in den zuständigen Bezirksausschüssen beraten worden bzw. werden bis zur Sitzung des AfULE noch beraten.

## 4. *Kostenkalkulation*

### 4.1 Betriebsabschluss 2001

	Straßenreinigung	Winterdienst
Gesamtkosten	729.689 €	769.612 €
./. Stadtanteil	205.716 €	167.494 €
gebührenpflichtiger Anteil	523.973 €	602.118 €
 Erlöse	 770.777 €	 709.784 €
Überdeckung	246.804 €	107.666 €

#### Nachrichtlich in DM:

	Straßenreinigung	Winterdienst
Gesamtkosten	1.427.148 DM	
	1.505.230 DM	
./. Stadtanteil		402.346 DM
	327.590 DM	
gebührenpflichtiger Anteil	1.024.802 DM	
	1.177.640 DM	
Erlöse	1.507.509 DM	
	1.388.217 DM	
Über-/Unterdeckung		482.706 DM
	210.576 DM	

Die Überdeckung in der Straßenreinigung ergibt sich dadurch, dass bei der Wiederbesetzung der freien Stellen in 2000 die gesamten Personalkosten in die Kalkulation eingestellt wurden. Es hätte jedoch ledig-



lich ca. ein Drittel dieser Kosten als gebührenrelevanter Anteil berücksichtigt werden dürfen. Dies hat sich mit ca. 150.000 € auch noch im Jahr 2001 ausgewirkt.

Die weitere Überdeckung ist durch geringere Personalkosten entstanden und wird wie folgt erklärt:

- Die Anzahl der Dauerkranken, die damit aus der Lohnfortzahlung fallen, war im Jahr 2001 überdurchschnittlich hoch.
- Durch Personalveränderungen, z.B. Wechsel in die Müllabfuhr, waren einige Stellen zeitweise nicht besetzt.
- Durch den strengen Winter haben sich die Einsatzzeiten im Winterdienst erhöht; dadurch sind automatisch weniger Stunden in der Straßenreinigung geleistet worden.

## 4.2 Kostenaufteilung für die Gebührenkalkulation 2003

### Straßenreinigung

Das Ergebnis des unter Ziffer 4.1 dargestellten Betriebsabschlusses für das Jahr 2001 mit der dargestellten Überdeckung ist nicht repräsentativ und kann daher nicht als Grundlage für die Kalkulation 2003 verwendet werden. Stattdessen wurden die kalkulierten Werte von 2002 zugrunde gelegt und mit 2 % Steigerung versehen.

Kalkulierte Kosten	2002	2003
Personalkosten		
485.689 €	495.403 €	
Betriebs- und Unterhaltungskosten		296.087 €
302.009 €		
Anteilstkosten Querschnittsbereiche		73.792 €
75.268 €		
Halle Schleifenbaum		16.362 €
16.362 €		
TUIV-Erweiterung		
4.090 €	4.090 €	
Zwischensumme		876.020 €
893.131 €		
Ausgleich Überdeckung aus 1999		
(195.382 €) 2. Teilbetrag	- 97.692 €	
Ausgleich Überdeckung aus 2000		
(178.173 €)	- 31.480 €	
- 146.693 €		
Ausgleich Überdeckung aus 2001		
(246.804 €) 1. Teilbetrag		- 89.970 €
Gesamtkosten Straßenreinigung	746.848 €	656.468 €

Insgesamt ergibt sich bei der Straßenreinigung eine leichte Kostensteigerung von 17.111 €. Aufgrund höherer auszugleichender Überdeckungen im Vergleich zum Vorjahr entsteht letztlich eine Kostenreduzierung in Höhe von 90.380 €.

### Winterdienst

Die Strenge eines bevorstehenden Winters und damit die Höhe der Kosten ist nie vorhersehbar. Wenn z.B. drei Winter hinter einander hohe Kosten verursacht haben und als Grundlage jeweils der BAB des Vorvorjahres zugrundegelegt wird, baut die darauf folgende Kalkulation auf einem hohen Kostenniveau auf. Dieses wird weiter erhöht durch die Verrechnung der Unterdeckungen aus den Vorjahren. Gleiches gilt im Umkehrschluss bei mehreren aufeinander folgenden milden Wintern mit erzielten Überdeckungen.

Daraus folgt, sofern ein gegensätzlicher Winter eintritt, ein außergewöhnlicher Gebührensprung. Um diesen zu vermeiden, ist es erforderlich, den Vorvorjahres-BAB als Kostenbasis zu verlassen und statt dessen einen aus den letzten Jahren gemittelten Gesamtkostenaufwand zugrunde zu legen.

Kalkulierte Kosten	2002	2003
Gesamtkosten		715.695 €
Gemittelte Gesamtkosten		745.107 €
+ anteilige geschätzte Kostensteigerungen 2002		145.500 €
Ausgleich Unterdeckung aus 1999 (236.712 €) 2. Teilbetrag	118.356 €	
Ausgleich Unterdeckung aus 2000 (6.279 €)	6.279 €	
Ausgleich Überdeckung aus 2001 (107.666 €) 1. Teilbetrag		- 53.833 €
Gesamtkosten Winterdienst	840.330 €	836.774 €

Insgesamt ergibt sich beim Winterdienst eine Kostensteigerung von 29.412 €. Im Ergebnis entsteht jedoch eine Kostenreduzierung von 3.556 €, weil im Jahr 2002 Unterdeckungen aus Vorjahren in höherem Umfang auszugleichen waren.

Vor dem Hintergrund des außergewöhnlichen Winters 2001/2002 sind anteilige Mehrkosten der Salzbeschaffung, für Schneeräumung durch Radlader und Personalkosten in die Kalkulation in Höhe von 145.500 € eingestellt.

#### 4.3 Gebührenkalkulation 2003

In der nachfolgenden Gebührenbedarfsberechnung wird ein Allgemeininteressenanteil von 11,78 % zugrundegelegt. Somit ergeben sich folgende Gebührensätze:

##### **Straßenreinigung**

Gesamtkosten 2003	656.468 €
./. Allgemeininteressenanteil Stadt (11,78%)	77.354 €
Gebührenpflichtige Kosten	579.114 €
Daraus ergibt sich folgender Gebührenbedarf	
Anliegerstraßen	1,18 €
Innerörtliche Straßen	1,03 €
Überörtliche Straßen	0,91 €
Fußgängerstraßen	12,35 €
Gehwege	4,37 €
Erwartete Einnahmen	579.871 €
Verbleibender Stadtanteil	76.597 €
Verbleibender Stadtanteil in %	11,67 %

Dies ergibt folgende Gebührensenkungen:

Anliegerstraßen (AV)	von bisher	1,29 €	auf	1,18 €
Innerörtliche Straßen (IV)	von bisher	1,12 €	auf	1,03 €
Überörtliche Straßen (ÜV)	von bisher	0,99 €	auf	0,91 €
Fußgängergeschäftsstraßen (FG)	von bisher	13,43 €	auf	12,35 €
Gehwegreinigung	von bisher	5,42 €	auf	4,37 €

**Winterdienst**

Gesamtkosten 2003	836.774 €
./. Allgemeininteressenanteil Stadt (11,92%)	99.782 €
Gebührenpflichtige Kosten	736.992 €

Aufgrund der geringfügigen Kostenabweichung kann es bei nachfolgend aufgeführten Gebührensätzen für den Winterdienst verbleiben:

Anliegerstraßen	1,46 €
Innerörtliche Straßen	1,37 €
Überörtliche Straßen	1,22 €
Fußgängerstraßen	1,44 €

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
1.412.265 €			Gebühreneinnahme: 1.318.828 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2003	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle verschiedene
-----------------------------------	---	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen: Zwei

## Anlage 1

**Änderungen Straßenverzeichnis****Änderungen einzelner Straßen bzw. Straßenteile****Bezirksausschuss I****Breitscheidstraße (AV), Geisweid**

Leistung n. Satzung: Es wird Winterdienst durchgeführt, außer Haus-Nr. 19 (Ecke Zepelinstraße), 21 und 23 bis Ende.

Änderungswunsch: Auch in dem Straßenteil Haus-Nr. 19 bis 21 soll durch die Stadt Winterdienst durchgeführt werden. Der Straßenteil 23 bis Ende bleibt weiterhin auf die Anlieger übertragen.

Grund: Der Straßenteil Haus-Nr. 19 bis 21 ist sehr steil und dadurch, dass er auf mehrere Querstraßen trifft, auch gefährlich.

Initiator: Die Verwaltung

Empfehlung: Änderung wie vorgeschlagen.

**Bezirksausschuss II****Boschgotthardtshütte (AV), Weidenau**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird außer Haus-Nr. 42 bis Ende einmal wöchentlich Straßenreinigung und Winterdienst durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Bezeichnung 42 bis Ende benennt den Stichweg unterhalb der HTS bis zum „Patt's Haus“. Die Straße Boschgotthardshütte endet aber tatsächlich mit der Haus-Nr. 82 im Einmündungsbereich Güterweg. Die Reinigung erfolgt auch tatsächlich in dem vorgenannten Bereich; ebenso die Gebührenabrechnung. Es handelt sich daher lediglich um eine redaktionelle Änderung.

Initiator: Die Verwaltung

**Schneppenkaute (AV), Weidenau**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird weder Straßenreinigung noch Winterdienst durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll in den Winterdienst aufgenommen werden.

Grund: Hohes Verkehrsaufkommen durch ansässige Einrichtungen und Firmen.

Initiator: Eine einzelne Anwohnerin

Empfehlung: Keine Änderung.

Grund: Die Straße verläuft völlig eben. Daher ist sie nicht gefährlich. Sie ist auch nicht verkehrswichtig, weil fast ausschließlich mäßiger Anliegerverkehr stattfindet.

**Veit-Stoß-Straße (AV), Weidenau**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird weder Straßenreinigung noch Winterdienst durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll in den Winterdienst aufgenommen werden.

Grund: Bessere Erreichbarkeit des Grundstücks.

Initiator: Ein Anlieger

Empfehlung: Keine Änderung.

Grund: Es handelt sich um eine weder verkehrswichtige noch gefährliche Anliegerstraße als Sackgasse. Deshalb und wegen der

Enge der Straße durch parkende Fahrzeuge ist eine Winterwartung hier weder sinnvoll noch möglich.

### **Bezirksausschuss III**

#### **Rotdornweg (AV), Volnsberg**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird weder Winterdienst noch Straßenreinigung durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll in den Winterdienst aufgenommen werden.

Grund: Steile Gefällestücke zu Beginn und am Ende der Straße

Initiator: Eine Anwohnerin

Empfehlung: keine Änderung.

Grund: Es handelt sich um eine enge Anliegerstraße, die keinen Begegnungsverkehr zulässt. Bereits das Durchfahren mit einem Schneepflug würde zu erheblichen Schwierigkeiten führen; Flächen für das Ablagern von Schnee sind nicht vorhanden. Die Straße fällt zu Beginn auf etwa 20 Meter steil ab, führt dann eben weiter und steigt zum Ende hin wieder leicht an. Sie ist daher weder verkehrswichtig noch gefährlich.

### **Bezirksausschuss IV**

#### **Unteres Schloß (AV), Siegen**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird weder Winterdienst noch Straßenreinigung durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll in den Winterdienst aufgenommen werden. Außerdem soll sie zweimal wöchentlich ggereinigt werden.

Grund: Höhere Frequentierung durch Museum und Gaststätte sowie Verbesserung des Stadtbildes.

Initiator: Die Verwaltung

Empfehlung: Änderung wie vorgeschlagen.

### **Bezirksausschuss V**

#### **Blücherstraße (AV), Siegen**

Leistung n. Satzung: In der Blücherstraße wird Winterdienst außer Haus-Nr.11 bis Ende durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll komplett aus dem Winterdienst genommen werden.

Grund: Auch das vordere Teilstück ist weder verkehrswichtig noch gefährlich, weil eben. Deshalb Gleichbehandlung gegenüber dem Rest der Straße.

Initiator: Die Anlieger des Teilstücks

Empfehlung: Änderung wie vorgeschlagen.

### **Bezirksausschuss VI**

#### **Oberschelder Straße (IV), Gosenbach**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird einmal wöchentlich gereinigt und Winterdienst durchgeführt.

Die Oberschelder Straße hat keinen Gehweg. Die Straßenrinne ist in Natursteinpflaster ausgebildet und ebenso wie die Fahrbahn stark gegenläufig gewölbt. Dies läßt nur eine unvollständige Reinigung durch die Kehrmaschine bei gleichzeitiger Gebührenpflicht zu. Die Reinigung der Straße sollte den Anliegern selbst überlassen bleiben. Dieses Anliegen hat die FDP-Fraktion als Antrag in den BezA VI – Eiserfeld – eingebracht. Dieser hat dem Antrag am 20.06.2002 einstimmig zugestimmt.

## Anlage 2

### Satzung

**der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigung- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2001**

#### **10. Änderungssatzung vom** (Datum der Unterzeichnung der BekanntmVO)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023), der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG NW) vom 18.12.1975 (GV NW S. 706/SGV NW 2061) in der Fassung der Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in NW vom 25.11.1997 – Artikel 11 – (GV NW S. 438) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21.10.1969 (GV NW S. 712/SGV NW 610) hat der Rat der Stadt Siegen am (Datum des Ratsbeschlusses) folgende Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2001 beschlossen:

#### I.

In § 6 Absatz 6 werden hinter dem Wort „forstwirtschaftlich“ die Worte „oder landwirtschaftlich“ eingefügt.

#### II.

##### § 6 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

Bei einer einmaligen wöchentlichen Reinigung (SR) der Fahrbahn beträgt die Benutzungsgebühr jährlich je Meter Grundstücksseite (Abs. 1 – 3), wenn das Grundstück erschlossen wird durch eine Straße, die überwiegend

- |    |  |         |
|----|--|---------|
| a) | dem Anliegerverkehr (AV) dient,                    | 1,18 €  |
| b) | dem innerörtlichen Verkehr (IV) dient,             | 1,03 €  |
| c) | dem überörtlichen Verkehr (ÜV) dient,              | 0,91 €  |
| d) | als Fußgängergeschäftsstraße (FG) ausgewiesen ist, | 12,35 € |

Wird auch der Gehweg von der Stadt gereinigt, so erhöht sich die Gebühr um je 4,37 €/lfdm Frontlänge. Wird mehrmals wöchentlich gereinigt, so vervielfacht sich die Benutzungsgebühr entsprechend.

### III.

Das Straßenverzeichnis als Anlage zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren wird wie folgt geändert:

Schl.	Straßenname	Bedeutung	Leistung der Stadt		Übertragung der Reinigungspflicht a. d. Grundstückseigentümer (§ 2)		
		(s. Abkürzungsverzeichnis)		Straßen-Reinigung		Winterdienst	
			SR	WD	Fahr-bahn	Gehweg	Gehweg/Str.-Rinne
<b>Stadtteil Geisweid</b>							
5990	Breitscheidstraße	AV	1	X		X	X
6226	Breitscheidstraße (Hs.-Nr. 23 - Ende)	AV			X	X	X
<b>Stadtteil Gosenbach</b>							
6583	Oberschelder Straße	IV		X	X	X	X
<b>Stadtteil Siegen</b>							
7994	Blücherstraße	AV			X	X	X
9142	Unteres Schloß	AV	2	X		X	X
9142	Unteres Schloß (Haus-Nr. 3 - Ende)	AV			X	X	X
8766	Melanchtonstraße	AV		X	X	X	X
	Wallhausenstraße	AV		X	X	X	X
9222	Weststraße	AV			X	X	X
<b>Stadtteil Weidenau</b>							
9569	Boschgotthardshütte	AV	1	X		X	X
9569	Boschgotthardshütte (Hs.-Nr. 40 – 48)	AV			X	X	X

### IV.

Diese Änderungsatzung tritt am 01.01.2003 in Kraft.



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 8 / Stadtreinigung  
Bearbeitet von: Herrn Kölsch

Datum  
16.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie</b>	<b>07.11.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>27.11.2002</b>

Betreff:

**Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 hier: 9. Änderungssatzung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die als Anlage 2 beigefügte 9. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Insbesondere durch die vom Kreis Siegen-Wittgenstein wiederum zur Erhöhung anstehenden Abfallgebühren wird eine jährliche Neukalkulation der Kosten für die Abfallbeseitigung und damit einhergehend eine Neuberechnung der Gebühren erforderlich.

Dies ist für das Haushaltsjahr 2003 wie nachstehend dargestellt geschehen:

### **A. Betriebsabschluss 2001**

Das betriebswirtschaftliche Ergebnis 2001 der Abfallbeseitigung schließt wie folgt ab:

Personalkosten Arbeiter	1.541.182 €
Personalkosten Querschnittsfachbereiche	198.849 €
Personalkosten Betriebsleitung	233.589 €
Betriebskosten Fahrzeuge	635.621 €
Sonstige Betriebskosten	224.385 €

Entsorgungskosten		2.156.462 €
Abfallgebühren des Kreises	1.819.211 €	
E-Schrott-Entsorgung	60.963 €	
Papierentsorgung Stadtanteil (75 %)	255.476 €	
Restmüllanteil im gelben Sack	6.908 €	
Schadstoffentsorgung	13.904 €	
Gesamtkosten		4.990.088 €
Erlöse (= Gebühren)		4.920.355 €

**Unterdeckung (Kostendeckungsgrad = 98,60%) - 69.733 €**

**Nachrichtlich in DM:**

Personalkosten Arbeiter		3.014.290 DM
Personalkosten Querschnittsfachbereiche		388.915 DM
Personalkosten Betriebsleitung		456.861 DM
Betriebskosten Fahrzeuge		1.243.166 DM
Sonstige Betriebskosten		438.858 DM
Entsorgungskosten		4.217.673 DM
Abfallgebühren des Kreises	3.558.067 DM	
E-Schrott-Entsorgung	119.234 DM	
Papierentsorgung Stadtanteil (75 %)	499.668 DM	
Restmüllanteil im gelben Sack	13.510 DM	
Schadstoffentsorgung	27.194 DM	
Gesamtkosten		9.759.763 DM
Erlöse (= Gebühren)		9.623.376 DM

**Unterdeckung (Kostendeckungsgrad = 98,60%)- 136.387 DM**

**B. Kostenkalkulation für 2003**

	Kalkulation 2002	Kalkulation
<u>2003</u>		
Personalkosten Arbeiter	1.592.433 €	1.651.962 €
Personalkosten Querschnittsfachbereiche	201.681 €	207.491 €
Personalkosten Betriebsleitung	259.631 €	293.836 €
Betriebskosten Fahrzeuge	456.125 €	437.365 €
Sonstige Betriebskosten	347.552 €	350.771 €
Entsorgungskosten	3.952.338 €	4.781.471 €
Abfallgebühren des Kreises	3.626.720 €	4.440.913 €
E-Schrott-Entsorgung	70.006 €	68.339 €
Papierentsorgung Stadtanteil (75 %)	239.612 €	256.219 €
Schadstoffentsorgung	16.000 €	16.000 €
Zwischensumme	6.809.760 €	7.722.896 €
Unterdeckung von 2001		69.733 €
Gesamtkosten		7.792.629 €

Erlöse (= Gebühren)  
7.801.728 €

**Überdeckung**

**9.099 €**

In den Betriebskosten Fahrzeuge sowie den sonstigen Betriebskosten sind jeweils die kalkulatorischen Kosten enthalten.

Die Kostenveränderungen gegenüber dem Betriebsergebnis 2001 bzw. der Kalkulation für das Jahr 2002 begründen sich wie folgt:

1. Personalkosten Arbeiter

Der erhöhte Ansatz beinhaltet die erwarteten Lohnkostensteigerungen und einen höheren Ansatz für krankheitsbedingte Ausfälle. Dies gilt ebenfalls im Vergleich zum BAB 2001 mit einer Erhöhung von 110.780 €

Kostensteigerung + 59.529 €

## 2. Personalkosten Querschnittsfachbereiche

Erhöhung lediglich aufgrund allgemeiner Kostensteigerungen. Gleiches gilt für den Vergleich zum BAB 2001 mit 8.642 €

	Kostensteige-
rung	+ 5.810 €

## 3. Personalkosten Betriebsleitung

Die im Vorjahr beabsichtigte Stellenreduzierung um 1,5 Stellen ab 2002 wurde nur in sofern umgesetzt, als dass lediglich 0,5 Stellen reduziert wurden. Jeweils 0,5 Stellen für die Errichtung und Unterhaltung der Wertstoffdepotstandplätze und in der Abfallberatung wurden beibehalten. Die weitere Erhöhung gegenüber dem BAB 2001 in Höhe von 26.042 € resultiert aus der Verlagerung einer Stelle aus der Straßenreinigung, die jedoch nur anteilig berücksichtigt wird.

	Kostensteige-
rung	+ 34.205 €

## 4. Betriebskosten Fahrzeuge

Die Kostenreduzierung ergibt sich durch niedrigere Reparaturkosten aufgrund des teilweise erneuerten Fahrzeugbestandes. Dies hat sich insbesondere im Vergleich zum BAB 2001 in einer Senkung von 198.256 € ausgewirkt. Hinzu kommt, dass die Betriebskosten der Fahrzeuge in der Kalkulation als Durchschnittswert ermittelt werden, während der BAB die tatsächlichen Kosten darstellt.

	Kostenreduzie-
rung	- 18.760 €

## 5. Sonstige Betriebskosten

Die Erhöhung ergibt sich aus der allgemeinen Kostensteigerung. Die um 123.167 € höhere Kalkulationssumme gegenüber dem BAB 2001 ergibt sich daraus, dass mehrere Ausgabenarten im Betriebsabschluss über andere Positionen abgerechnet werden. Dies gilt z.B. für die Miete Halle Schleifenbaum, die den einzelnen Fahrzeugen zugerechnet wird. Insofern gleicht sich diese Differenz über die Betriebskosten Fahrzeuge wieder aus.

	Kostensteige-
rung	+ 3.214 €

## 6. Entsorgungskosten

Wie im Vorjahr beabsichtigt der Kreis Siegen-Wittgenstein, auch für das Jahr 2003 die Abfallgebühren zu erhöhen. Erstmals wird dabei eine Differenzierung zwischen Restmüll und Biomüll vorgenommen. Während die Gebühr für Restmüll von derzeit 119,30 € je Tonne auf 157,60 € je Tonne steigt, wird die Gebühr für Biomüll lediglich von derzeit 119,30 € je Tonne auf 124,91 € je Tonne angehoben. Die Ursache für die beträchtliche Erhöhung der Restmüllgebühr von 32 % liegt im wesentlichen darin, dass auf den beiden Zentraldeponien Fludersbach und Herzhäusen Restmüll nur noch bis zum 31.05.2005 abgelagert werden darf. Diese aus den abfallrechtlichen Vorgaben des Bundes sowie den entsprechenden Bescheidlagen der Bezirksregierung Arnsberg herrührende gravierende Einschränkung des Betriebes der Deponien führt unter anderem dazu, dass in der kurzen verbleibenden Restnutzungszeit eine größere Anzahl der für die Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Deponien erforderlichen Investitionen abgeschrieben werden muss. Bei einer längeren Restnutzungszeit der Deponien – ursprünglich konnte man von weiteren 15 bis 20 Jahren ausgehen – würden sich diese Abschreibungen somit auf einen wesentlich längeren Zeitraum verteilt haben. Diese jetzt notwendig werdende Verfahrensweise führt zu beträchtlichen Ausgabesteigerungen. Gleichzeitig wirken sich die steigenden Kosten für die Müllverbrennung aus, zu der der Kreis im Rahmen eines Stufenplanes mit jährlich steigenden Mengen verpflichtet wurde. Nicht zuletzt schlagen auch die hohen Nachsorgekosten für die Deponien durch, die der Kreis von derzeitigen Nutzern zumindest teilweise einfordern muss.

Die Gebührenerhöhung für den Biomüll von 4,7 % erfolgt aufgrund sonstiger Kostenerhöhungen.

**Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass ohne diese erneute Erhöhung der Abfallgebühren des Kreises eine Erhöhung der Abfallbeseitigungsgebühren durch die Stadt nicht erforderlich geworden wäre.**

Die leichte Kostensteigerung bei der Papierentsorgung resultiert aus schwankenden Mengen und Papierpreisen.

Insgesamt überwiegt die Abfallgebührenerhöhung des Kreises, die dazu führt, dass sich bei den Entsorgungskosten eine Steigerung von rund 814.000 € ergibt.

	Kostensteige-
rung	+ 814.193 €

**C. Gebührenkalkulation für 2003**

Die Gesamtkosten in Höhe von 7.792.629 € sind wie folgt auf den Bio- bzw. Restabfallbehälter aufzuteilen:

Bioabfallbehälter	2.077.796 €
Restabfallbehälter	5.714.833 €

Hieraus ergeben sich in der Gebührenberechnung bei der Einzelermittlung folgende Beträge:

Behälter	Restabfall			Bioabfall		
	neu	alt	Unter-schied	Neu	alt	Unter-Schied
120 l, wöchig	244 €	210 €	34 €	174 €	160 €	14 €
120 l, 2-wöchig	132 €	114 €	18 €	88 €	80 €	8 €
120 l, 4-wöchig	76 €	66 €	10 €			
240 l, wöchig	436 €	366 €	70 €	292 €	268 €	24 €
240 l, 2-wöchig	230 €	196 €	34 €	146 €	134 €	12 €
240 l, 4-wöchig	128 €	110 €	18 €			
1100 l, wöchig	2.468 €	2.140 €	328 €	1.834 €	1.674 €	160 €
1100 l, 2-wöchig	1.350 €	1.184 €	166 €	918 €	838 €	80 €
1100 l, 4-wöchig	792 €	706 €	86 €			

Die künftigen Gebühren für die unterschiedlichen Behälterkombinationen sind in Anlage 1 dargestellt.

**D. Grünschnittabfuhr**

Nachrichtlich wird mitgeteilt, dass als Alternative zur zunächst befristet eingestellten Grüncontainerabfuhr die Möglichkeit besteht, zum einen im Frühjahr und im Herbst die Abfuhr gegen ein Entgelt von 35 € in Anspruch zu nehmen und zum anderen den Grünschnitt über für 1,30 € zu erwerbende Biosäcke zu entsorgen.

Seit Anfang März 2002 sind bis heute mehr als 6000 Biosäcke, und damit wesentlich mehr als erwartet, verkauft worden. Daraus wird die hohe Akzeptanz der Bevölkerung für die Biosäcke deutlich.

## Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
7.792.629 €			7.801.728 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2003	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle verschiedene
-----------------------------------	--	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

## In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen: Zwei

## Anlage 1

## Behälterpreise

Behälter	Restabfall			Bioabfall		
	neu	alt	Unter- schied	neu	alt	Unter- schied
120 l, wöchig	244 €	210 €	34 €	174 €	160 €	14 €
120 l, 2-wöchig	132 €	114 €	18 €	88 €	80 €	8 €
120 l, 4-wöchig	76 €	66 €	10 €			
240 l, wöchig	436 €	366 €	70 €	292 €	268 €	24 €
240 l, 2-wöchig	230 €	196 €	34 €	146 €	134 €	12 €
240 l, 4-wöchig	128 €	110 €	18 €			
1100 l, wöchig	2.468 €	2.140 €	328 €	1.834 €	1.674 €	160 €
1100 l, 2-wöchig	1.350 €	1.184 €	166 €	918 €	838 €	80 €
1100 l, 4-wöchig	792 €	706 €	86 €			

## Beispiele möglicher Kombinationen:

Restmüll	BIO	2003			2002	Unter- schied
		RM	BIO	Ges.	Ges.	
120 l - 2-wöchig	120 l	132 €	88 €	220 €	194 €	26 €
120 l - 4-wöchig	120 l	76 €	88 €	164 €	146 €	18 €
240 l - 2-wöchig	120 l	230 €	88 €	318 €	276 €	42 €
240 l - 4-wöchig	120 l	128 €	88 €	216 €	190 €	26 €
120 l - 2-wöchig	Befreiung	132 €	- €	132 €	114 €	18 €
120 l - 4-wöchig	Befreiung	76 €	- €	76 €	66 €	10 €
240 l - 2-wöchig	Befreiung	230 €	- €	230 €	196 €	34 €
240 l - 4-wöchig	Befreiung	128 €	- €	128 €	110 €	18 €
120 l - 2-wöchig	240 l	132 €	146 €	278 €	248 €	30 €
120 l - 4-wöchig	240 l	76 €	146 €	222 €	200 €	22 €
240 l - 2-wöchig	240 l	230 €	146 €	376 €	330 €	46 €
240 l - 4-wöchig	240 l	128 €	146 €	274 €	244 €	30 €
1100 l - 2-wöchig	1100 l	1.350 €	918 €	2.268 €	2.022 €	246 €
1100 l - 4-wöchig	1100 l	792 €	918 €	1.710 €	1.544 €	166 €
1100 l - 2-wöchig	Befreiung	1.350 €	- €	1.350 €	1.184 €	166 €
1100 l - 4-wöchig	Befreiung	792 €	- €	792 €	706 €	86 €

120 l - wöchig	120 l - wöchig	244 €	174 €	418 €	370 €	48 €
240 l - wöchig	240 l - wöchig	436 €	292 €	728 €	414 €	314 €
1100 l - wöchig	1100 l - wöchig	2.468 €	1.834 €	4.302 €	3.814 €	488 €

## Anlage 2

## S A T Z U N G

der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren  
vom 30. Dezember 1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001

9. Änderungssatzung vom (Datum der Unterzeichnung der BekanntmVO)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1979 S. 666/SGV NW 2023), des § 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz) vom 21.06.1988 (GV NW S. 250 / SGV NW 74) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NW S. 712 / SGV NW 610) hat der Rat der Stadt Siegen am (Datum des Ratsbeschlusses) folgende Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 beschlossen:

## I

§ 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Der Gebührensatz wird für das Restabfallgefäß und das Bioabfallgefäß separat festgesetzt.

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei vierzehntägiger Abfuhr (Regelentsorgung nach § 12 Abfallwirtschaftssatzung) des Restabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	132,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	230,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	1.350,00 €

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei vierzehntägiger Abfuhr (Regelentsorgung nach § 12 Abfallwirtschaftssatzung) Bioabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	88,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	146,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	918,00 €

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei wöchentlich einmaliger Abfuhr des Restabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	244,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	436,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	2.468,00 €

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei wöchentlich einmaliger Abfuhr oder des Bioabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	174,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	292,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	1.834,00 €

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei vierwöchiger Abfuhr des Restabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	76,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	128,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	792,00 €

## II

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2003 in Kraft.



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich    ESi  
Fachbereich        Eigenbetrieb Entwässerung  
Bearbeitet von:    Herrn Winkel

Datum  
11.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Wiederherstellung des Rehbachs  
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung vom 22.10.2002:

Für die Wiederherstellung des Rehbachs wird überplanmäßig ein Betrag von 128.000 Euro gem. § 82 GO NW bereitgestellt.

Die Abwicklung der Maßnahme erfolgt - bis zur endgültigen Klärung der versicherungsrechtlichen Fragen - vorläufig über das für die Hochwasserschäden eingerichtete Vorschusskonto. Sollte es nicht oder nur teilbetraglich zu einer Kostenübernahme kommen, wird insoweit auf die Verwaltungsvorlage Nr. 2215/2002 - Finanzierung der Auswirkungen der Startregenfälle im Stadtgebiet - Bezug genommen.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Beim Böschungsabrutsch am Friedhof Kaan-Marienborn durch das Regenereignis am 28.08.2002 wurde das Gewässer Rehbach zerstört. Zur Beseitigung der Gewässerschäden ist nach den erfolgten und abgeschlossenen Not- und Sofortmaßnahmen nunmehr das Gewässer Rehbach, einschließlich Einlaufbauwerk in die Gewässerverrohrung, wiederherzustellen. Für die Gewährung eines ordnungsgemäßen Abflusses soll die Gewässerverrohrung im ohnehin stark in Mitleidenschaft gezogenen Grundstück "Rehbachstraße 74" ausgewechselt werden. In den Kosten sind die Planungskosten der Baumaßnahme berücksichtigt.

Begründung der Eilbedürftigkeit:

Die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Abflusses muss unabdingbar vor der durch Niederschläge und Schneeschmelzen bedingten "nassen" Jahreszeit erfolgen, um weiterer Schäden im Bereich der Bebauung "Rehbachstraße" abzuwenden.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
rd. 128 T€		?	Erstattung durch Versicherung	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002 ff	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle Vorschusskonto
--	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	--------------------------------

im Auftrag

Harms  
Werkleiter

Anlagen: -

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr  
Bearbeitet von: Herrn Griese

Datum  
22.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Radwegbrücke An der Unterführung  
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9550.5 - 42 Radweg Brücke An der Unterführung, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 65.000 € gemäß § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme von Haushaltsresten bei der Haushaltsstelle 1.630.9510.6 - Sonderprogramm 2000 für den Ausbau von Stadtstraßen und Gehwegen - in entsprechender Höhe.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Zur Führung des Radweges zwischen der Straße An der Unterführung Richtung Schemscheid und für die Erschließung der Parkplätze unter der HTS für die Kreisberufsschulen hat der Bauausschuss in seiner Sitzung am 22.07.2002 den Bau der Brücke An der Unterführung beschlossen.

Der Auftrag für die Objektplanung, Tragwerksplanung und die Entwurfsvermessung soll an das Ingenieurbüro Salveter, Netphen, vergeben werden. Die Auftragssumme beträgt 64.813,91 € einschließlich MWSt. Der Kreis Siegen-Wittgenstein trägt einen 4/7-Anteil dieser Planungskosten. Gleiches gilt für die späteren Baukosten. Die entsprechenden Ausgaben und Einnahmen sind im Entwurf des IP 2002-2006 eingestellt.

Die für das laufende Haushaltsjahr erforderlichen Mittel werden durch die Nichtinanspruchnahme bei der Haushaltsstelle 1.630.9510.6 - Sonderprogramm 2000 für Stadtstraßen und Gehwege - gedeckt.

Die dort vorhandenen Haushaltsreste waren für die Sanierung der Giersbergstraße sowie der Fludersbachstraße angedacht. Eine Mittelübertragung der Haushaltsreste für die Maßnahme Fludersbach ist nicht mehr in voller Höhe erforderlich, da nach Feststellung des Submissionsergebnisses die Maßnahme kostengünstiger abgeschlossen werden kann.

Für die Maßnahme Radweg Brücke An der Unterführung ist mit Datum vom 03.09.2002 ein Zuschussantrag an die Bezirksregierung Arnsberg gestellt worden. Weiterhin beteiligt sich der Kreis Siegen-Wittgenstein mit einem Anteil von 4/7 an den Kosten für den Bau der Brücke.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
372.000 €		37.000 €	335.000 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH Entwurf IP 2002-2006	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.630.9550.5
---	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------

In Vertretung

gesehen:

Dr. Rohr  
Stadtrat

Ulf Stötzel

Anlagen: -

2. Beig. IV nach Abgang zur Kenntnis
3. FB 9/2 z. d. A.

FB 3	
FBL 9	
FB 9/2	
FB 9/2 S.	

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr  
Bearbeitet von: Herrn Griese

Datum  
25.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Brücke An der Setze**  
**hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9533.5 - 33 Brücke an der Setze, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 41.000 € gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9555.0 - 85 Busdispositionssystem am ZOB, Baukosten in entsprechender Höhe.

Der durch diese VE sowie der gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehende kassenmäßige Mehrbedarf in 2003 wird bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2001 - 2005 haushaltsverträglich eingeplant.

**Sachverhalt / Begründung:**

Zur Ausschreibung der Maßnahme, die für den Monat Dezember 2002 vorgesehen ist, bedarf es unter Berücksichtigung der Veranschlagung im Haushalt 2002 der zusätzlichen Bereitstellung einer VE in Höhe von 41.000 €. Die kassenwirksame Ausgabe erfolgt in 2003.

Im Entwurf des Investitionsprogrammes 2002 - 2006 ist die bisherige Veranschlagung in Höhe von 61.000 € entsprechend angepasst worden. Der Mehrbedarf beläuft sich auf 41.000 € und ergibt sich aus Kostensteigerungen gegenüber dem Kosten-

voranschlag, die sich während der Entwurfsplanung aufgrund der aktuellen Kostenberechnung ergeben haben.

Die erforderliche VE wird durch die Nichtinanspruchnahme bei der Haushaltsstelle 1.631.9555.0 85 - Busdispositionssystem am ZOB Siegen, Baukosten - gedeckt. Die dort eingestellte VE wird in 2002 nicht mehr benötigt, da sich der Baubeginn verzögert.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
102.000 €		102.000 €		<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 61.000 €	Haushaltsstelle 1.630.9533.5
---	-----------------------------------	-------------------------------	--	------------------------------

In Vertretung

gesehen:

Dr. Rohr  
Stadtrat

Ulf Stötzel

Anlagen: -

2. Beig. IV nach Abgang zur Kenntnis
3. FB 9/2 z. d. A.

FB 3	
FBL 9	
FB 9/2	
FB 9/2 S.	